

Bezugspreis: Vierteljahr 2.00, Monat 0.75, drei Monate 2.00, sechs Monate 3.50, ein Jahr 6.50...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die Jahrgangspolizei Nonpareille kostet 9.- M., kleine Anzeigen das erste Wort 1.- M....

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 12. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Pariser Sturm gegen Cannes.

Es scheint sich zu bestätigen, daß die Frage des englisch-französischen Bündnisses in Cannes zu einer Krise geführt hat. Lloyd George und Briand hatten sich bereits vor zwei Tagen über einen Vorentwurf geeinigt...

4. der zwischen Frankreich und England diskutierte Pakt muß vor allem die Garantien, die Ausführungsmittel und die Pfänder, die Frankreich aus den Verträgen zu empfangen hat...

Frankreichs „Recht“ auf Sanktionen.

Paris, 11. Januar. (WZ.) Wie der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet, sei der Oberste Rat heute vormittag zufällig dazu gekommen, sich über die Tragweite des Paragraphen 6 der Resolution vom 6. Januar auszusprechen...

Erste Verhandlung mit den Deutschen.

Cannes, 11. Januar. (Havas.) In der heutigen Sitzung des Obersten Rates hat Briand verlangt, daß vor jeder weiteren Verhandlung die Reparationskommission die deutschen Delegierten über die am 15. Januar von Deutschland zu leistenden Zahlungen hören solle...

Völkerbund und Saargebiet.

Wiederwahl der Regierungskommission. Saarbrücken, 11. Januar. (WZ.) Wie die saarländische Delegation meldet, hat der Völkerbundrat heute in nicht-öffentlicher Sitzung die vier Mitglieder der Regierungskommission, deren Mandate abgelaufen sind, auf ein weiteres Jahr befristet.

Aus dem russischen Hungergebiet.

Moskau, 10. Januar. (WZ.) Laut den letzten statistischen Aufweisen betrug die Zahl der Bevölkerung des Gouvernements Samara 2.808.000 Personen. Davon hungerten im Dezember 1.900.000 Menschen. Vor Hunger geschützt waren 280.400 oder 9 Proz. Aus allen Teilen des Gouvernements kommen Schredenrufe. Die Zahl der durch Hunger Erkrankten nimmt schreckartig zu. 767 Klische wurden bisher errichtet. In der Kirgisenrepublik hungern 1.800.000 Menschen. Organisierte Hilfe wurde bisher nur 45.000 Menschen zuteil.

„Wahlreform“ in Ungarn.

Budapest, 11. Januar. (Intel.) Der Entwurf zu dem neuen Wahlgesetz ist fertiggestellt und von dem Ministerpräsidenten der Nationalversammlung vorgelegt worden. Der neue Entwurf setzt das Alter der wahlberechtigten Männer von 20 Jahren auf 26 Jahre, das der Frauen auf 30 Jahre hinauf.

Das sozialistische Mitteldeutschland.

Jena, 11. Januar. (Sig. Drahtber.) Die Zusammenkünfte der sozialistischen Minister von Sachsen, Anhalt, Braunschweig und Thüringen haben die bürgerlichen Parteien sehr „beunruhigt“. Zur Stillung der Neugierde wurden in den einzelnen Parlamenten Anfragen eingebracht, die über den Inhalt und Zweck der Besprechungen Auskunft wünschten. Der Thüringische Innenminister, Genosse Fröblich, hat nun auf eine dieser Anfragen unter anderem folgendes geantwortet:

Die Ministerkonferenzen der in der Anfrage genannten Länder liegen im gemeinsamen Interesse der Länder, die politisch gleichwertige Regierungen aufweisen, begründet. Die Verhandlungen der Ministerkonferenzen haben den Zweck, möglichst einheitliche Richtlinien auf dem Gebiete der Interessen der Länder zu finden. Zweck der Zusammenkünfte waren nicht Grenzberichtigungen, die zwischen Sachsen und Thüringen stattgefunden haben.

1. daß der wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufbau Frankreichs eine wesentliche Bedingung des Wiederaufbaus Europas ist;

2. daß die Reparationen, auf die Frankreich Anspruch hat, unentbehrlich bleiben, daß also weder eine neue Revision noch eine Abänderung des Zahlungsplans vom 15. Mai 1921 angenommen werden kann. Es ist unzulässig, die belgische Priorität im mindesten zu erschüttern;

3. Frankreich kann sich zu der geplanten internationalen Konferenz nur begeben, wenn es im voraus die effektive Versicherung erhält, daß alle seine Rechte respektiert werden;

Auf dem Kriegspfad.

Baunternehmer gegen soziale Baubetriebe. Von Architekt Heinrich Kaufmann.

Die von den baugewerblichen Gewerkschaften der Hand- und Kopfarbeiter unter lebhafter Beteiligung auch der im Bund der technischen Angestellten und Beamten organisierten Techniker ins Leben gerufene Selbsthilfebewegung hat sich ausgezeichnet entwickelt.

Nach dem vom Verband sozialer Baubetriebe (SB.) herausgegebenen Geschäftsbericht für das Jahr 1920/21 werden zurzeit in 200 Betrieben (Bauhütten und Produktionsgenossenschaften), die dem SB. angegeschlossen sind, rund 21.000 baugewerbliche Arbeiter und mehrere hundert Techniker beschäftigt. Für die einzelnen Wirtschaftsbezirke wurden Bauhüttenbetriebsverbände gegründet, welche die Betriebe des Bezirkes zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenschließen und in sich die Produktionskraft baugewerblicher Großbetriebe vereinigen.

In diesen Betrieben wurde im zurückliegenden Geschäftsjahr ein Umsatz von über 350 Millionen Mark erzielt; weit über diese Summe hinausgehende Aufträge, die gegenüber den privaten Baunternehmungen in freier Konkurrenz heringeholt wurden liegen vor, und noch viel mehr Aufträge wären den sozialen Baubetrieben zugewendet worden, wenn sie heute schon die zur Bewältigung aller ihnen zugehenden Aufträge notwendigen Produktionsmittel besitzen würden. Um rund 40 Millionen Mark waren die sozialen Baubetriebe billiger als die mit ihnen konkurrierenden Unternehmer. Da heute Staat, Gemeinden oder gemeinnützige Siedlungsgesellschaften fast immer noch als alleinige Auftraggeber in Frage kommen, sind diese 40 Millionen Mark der Allgemeinheit direkt erspart worden.

Weit größer, aber ziffernmäßig nicht zu erfassen, sind die Ersparnisse, die der Senkung der Baupreise infolge des Eingreifens der sozialen Baubetriebe zu verdanken sind. Kein Wunder also, daß die Unternehmer den Verband sozialer Baubetriebe und alle mit ihm zusammenhängenden Organisationen zum Teufel wünschen, lieber heute als morgen, und alles tun, was geeignet erscheint, die weitere Entwicklung dieser Bewegung zu unterbinden.

Der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe E. B. trat als erster auf den Plan und beschloß, die Sozialisierungsbestrebungen im Baugewerbe mit aller Schärfe zu bekämpfen, „nicht nur aus Gründen des Wettbewerbs, sondern auch weil bei der Eigenart des Baugewerbes ohne Zweifel die privatwirtschaftliche Form die das Allgemeinwohl am meisten fördernde ist“.

Dann hat der Reichsverband der deutschen Industrie bzw. dessen „Fachgruppe Bauindustrie“ eingegriffen und durch Eingaben an den Reichstag die „Unentbehrlichkeit“ der privaten Bauindustrie und der privaten Baunternehmen nachzuweisen versucht. Dessen Denkschrift richtet sich insbesondere gegen den Vorwurf des Baustoffwunders, der nach Ansicht der Industriellen natürlich gar nicht existiert. Dabei herrschten Ende 1919 und Anfang 1920, wie selbst das „Mittelungsblatt des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe“ in Nr. 18 vom 5. Mai 1921, also ein gewiß unverdächtigem Zeuge, kritisch feststellen mußte, „auf dem Baumarkt wilde Zustände, die von Naturen mit robustem Gewissen rücksichtslos ausgenutzt wurden“. Heute ist es nicht besser, insbesondere auf dem Gebiete der Baustoffspekulation.

Weil der Verband sozialer Baubetriebe den hier gekennzeichneten „Naturen mit robustem Gewissen“ entgegentritt und ihnen gegenüber das Interesse der Allgemeinheit betont, deshalb hat der Reichsverband der deutschen Industrie allen Behörden und Industriebetrieben eine Berufserklärung zugehen lassen und darin „zur Abwehr auch dieser Sozialisierungsbestrebungen und aus Gründen der Solidarität des Unternehmertums“ alle Verbände und Firmen aufgefordert, ihre Bauaufträge an Unternehmer und nicht an soziale Produktionsgenossenschaften zu geben.

Ganz besonders unangenehm ist den Unternehmerverbänden aber die Tatsache, daß auch die technischen Angestellten ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in den Dienst der praktischen Sozialisierung des Baugewerbes stellen. Dieses Zusammenwirken der Kopf- und Handarbeiter ist es, das die Unternehmer täglich schmerzlicher empfinden.

Dagegen machen die Bauarbeitgeberverbände ihre Mitglieder besonders mobil. Zuerst waren es die wirtschaftlichen Verbände der baugewerblichen Unternehmer zu Frankfurt a. M., die in einem in mehr als leidenschaftlichem Ton gehaltenen Rundschreiben auf die durch Beteiligung der Bautechniker an den sozialen Baubetrieben dem Unternehmertum drohende Gefahr aufmerksam machten. Insbesondere hatte es ihnen eine von der Reichskonferenz der im Bund der technischen Angestellten und Beamten organisierten Bautechniker angenommene Entschließung angetan, die sich für die Sozialisierung des Baugewerbes und Unterstützung der sozialen

Ultimative Forderungen des französischen Senats.

Paris, 11. Januar. (WZ.) Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat unter dem Vorsitz von Poincaré eine Sitzung abgehalten. Nach eingehender Prüfung der Lage, wie sie durch die Konferenz in Cannes geschaffen wurde, hat sich die Kommission entschlossen, und zwar mit Zustimmung aller anwesenden 25 Senatoren, folgendes Telegramm an den Ministerpräsidenten Briand zu richten:

Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat auf Verlangen einer großen Anzahl seiner Mitglieder und mit Rücksicht auf das allgemeine Gefühl, das sich gestern in den Gruppen des Senats geltend gemacht hat, mich beauftragt, Ihnen eiligst Kenntnis zu geben von der Tagesordnung, die angenommen wurde. Der Ausschuß ist der Ansicht:

Baubetriebe aussprach. Die Unternehmer halten es nach diesem Rundschreiben nicht für möglich, „daß die Leitung eines Fachverbandes sich für eine so unreife und durch die Tatsachen als völlig gescheitert anzusehende Bestrebung, wie die Sozialisierung der Baubetriebe“ herzugeben vermag, und sie bezweifeln es, daß sich die Mitglieder „hinter derartige Machenschaften ihrer Verbandsleitung stellen würden“. Obwohl also die Verfasser dieses Rundschreibens die ganze Bewegung als völlig gescheitert ansehen, schimpfen sie wie Rohrspäher über die „gewissenlosen Drahtzieher“, die mit ihrem „pathetischen Wortschwall“ und „faustdicken Lügen“ die große Zahl „uneingeweihter Parteigänger“ zu berauschen suchen. Die Führer der Bewegung seien eine „Clique Sozialisierungsprofittler“ und außerdem noch „theoretisierende Phantasten“, Leute, die strupellos genug sind, „gegen ihre bessere Ueberzeugung“ zu reden, Menschen, die der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands „völlig verständnislos“ gegenüberstehen und die in ihrer „Ignoranz“ oder gar aus „unlauteren Absichten“ den armen Bautechnikern die einzige Stütze nehmen wollen, die ihnen im Wirtschaftsleben noch geblieben ist.

Man kann nach diesen gewiß erweiternden Stilproben nicht glauben, daß den Bauunternehmern die Sozialisierungs-bewegung im Baugewerbe so völlig schon als „gescheitert“ erscheint, um so weniger, wenn man die Aufforderung liest: „Beliegende Exemplare dieses Rundschreibens den bei ihnen angestellten Bautechnikern zutommen zu lassen und diese um ihre Stellungnahme zu der Angelegenheit zu ersuchen, denn es kann doch wohl einem Unternehmer nicht zugemutet werden, Mitarbeiter in seinem Betriebe zu dulden, die Bestrebungen quälen oder sich daran beteiligen, die auf seinen Untergang abzielen.“

Könnte man dieses Rundschreiben noch als dem Kopfe einer infolge der Unterbietungen des in Frankfurt besonders gut geleiteten sozialen Baubetriebs bei verschiedenen Submissionen rabiat gemordenen Lokalgröße der Unternehmer entsprungen betrachten, so zeigt ein vertrauliches Rundschreiben des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes vom 19. November 1921, daß nunmehr auch die Zentralverbände der Arbeitgeber sich anschicken, den Großangriff auf die Koalitions- und Wirtschaftsfreiheit der Angestellten zu organisieren. In dem Rundschreiben heißt es u. a.:

Der Vorstand des Reichsverbandes hat in seiner Sitzung vom 25. Oktober d. J. beschloffen, den Bezirksvereinen Richtlinien dahingehend zu erteilen, alle Mitglieder aufzufordern, ihre Angestellten vor einer Beteiligung an dem Verband sozialer Baubetriebe zu warnen, denn die Beteiligung an einem derartigen Unternehmen, welches sich die Vernichtung des Bauunternehmertums zum Ziele gesetzt hat, bedeutet eine Beteiligung an einem Konkurrenzunternehmen, welche zur fristlosen Entlassung berechtigt. Jeder Angestellte, der sich nicht der Gefahr aussetzen will, seine Stellung zu verlieren, sollte darauf bedacht sein, sich von einer Beteiligung an dem Verband sozialer Baubetriebe fernzuhalten. — — —

Die Techniker werden nun diesen Einschüchterungsversuch nicht allzu tragisch zu nehmen brauchen. Denn im Ernst kann wohl der Vorstand des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes nicht daran glauben, daß die finanzielle Unterstützung der Bestrebungen des Verbandes sozialer Baubetriebe durch Zeichnung von Darlehensscheinen „zur fristlosen Entlassung wegen Beteiligung an einem Konkurrenzunternehmen“ berechtigt. In der letzten Zeit sind bekanntlich die Aktien der verschiedenen Baugesellschaften außerordentlich hoch gestiegen. Was geschieht nun vom Reichsverbande, wenn z. B. ein Techniker, der bei der Firma Heilmann u. Wittmann beschäftigt ist, Aktien der Firma Wagh u. Freitag, Th. Holzmann, Bismarck u. Knauer oder gar des Haberland-Konzerns erwirbt? Würde dann auch der Reichsverband seine Mitglieder auffordern, jeden Angestellten auf die Gefahr aufmerk-

sam zu machen, die Stellung zu verlieren und mit der fristlosen Entlassung zu drohen, weil in dem Erwerb einer solchen Aktie „die Beteiligung“ an einem Konkurrenzunternehmen gegeben sei?

Das Rundschreiben offenbart wieder den unbeschränkten Machtwillen des Unternehmertums, das nicht nur als Käufer der Arbeitskraft, sondern als Käufer des ganzen Menschen auftreten will. Die Proteste der Techniker gegen dieses Rundschreiben zeigen erfreulicherweise, daß sie gar nicht daran denken, sich dem Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes oder von irgendeiner anderen Unternehmerorganisation über die zweckmäßige Verwendung ihres sauer verdienten Lohnes Vorschriften machen zu lassen. Die Zeiten sind heute andere geworden, als sie vor dem Kriege waren, und auch die deutschen Bauunternehmer müssen sich mit der für sie unangenehmen Tatsache abfinden, daß die technischen Angestellten einschließlich der leitenden Techniker immer mehr zu der Ueberzeugung kommen, daß es im Interesse des Volksganzen liegt, die Bauwirtschaft gemeinnützig umzustellen.

## Steuerlasten und Sachwerte.

In den Kreisen der Gewerkschaften herrscht eine starke Unzufriedenheit über die Latenzlosigkeit der Reichsregierung hinsichtlich der Heranziehung des Besitzes zu den Steuerlasten. Bereits Mitte November v. J. haben die Gewerkschaften die bekannten 10 Forderungen der Reichsregierung und dem Reichstag eingereicht, aber von beiden Stellen ist in der Sache bisher nichts geschehen. Im direkten Gegensatz zu den Gewerkschaftsforderungen hat der Reichstag inzwischen bei der Einkommensteuer sogar eine starke steuerliche Entlastung der großen Einkommen beschlossen. Während den Arbeitern und Festbesoldeten die Steuer bei jeder Lohn- und Gehaltszahlung abgezogen wird, sind die übrigen Steuerpflichtigen schon seit Jahren mit der Steuerzahlung rückständig, weil angeblich die Steuerbehörden mit der „Veranlagung“ nicht fertig werden können. Statt diese rückständigen hohen Steuersummen von den Besitzenden einzuziehen, beginnen die Finanzämter jetzt damit, nachzukontrollieren, ob den Lohn- und Gehaltsempfängern die Steuer in richtiger Höhe abgezogen worden ist. Hierzu stehen also den „überlasteten“ Finanzämtern Zeit und Kräfte noch genügend zur Verfügung. Angesichts dieser Tatsachen ist die steigende Unruhe bei den Arbeitern und Angestellten wohl zu verstehen und eine ernste Mahnung an die Reichsregierung und den Reichstag am Platze, daß sie den Bogen nicht überspannen lassen. Wie wir hören, hat der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes sich unter Berufung auf seine Forderungen vom November jetzt erneut mit dem dringenden Verlangen an den Reichsminister gemeldet, eine Entscheidung, insbesondere über die Erfassung der Sachwerte, baldmöglichst herbeizuführen.

Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die Erklärung des Ministers Dr. Heremes im Steuerauschuß, eine Erweiterung des bisher vorliegenden Regierungsprogramms sei nicht wünschenswert, nur als eine persönliche zu betrachten ist. Eine Freistellung des Reichskabinetts in diesem Sinne besteht nicht.

### Das Reichsbahnfinanzgesetz.

Der Referentenentwurf zum Reichsbahnfinanzgesetz wurde im Reichsverkehrsministerium mit einer größeren Anzahl hervorragender Sachverständigen des Gebietes der allgemeinen Volkswirtschaft und des Eisenbahnwesens eingehend erörtert. In einer allgemeinen Aussprache wurden die Auffassungen über die Grundzüge des Entwurfes geklärt. Die Einzelprüfung des Entwurfes wurde einem kleineren Ausschusse überwiesen.

Bodens und Württembergs Ministerpräsidenten pflogen am Mittwoch in München mit dem Ministerpräsidenten Graf Berchthold eine längere Beratung.

## Die Werbetrommel trotz Ueberfluß!

Trotz des Ueberflusses an Beamten in den verschiedensten Verwaltungen bringt es die Reichsfinanzverwaltung fertig, die Werbetrommel für die Annahme neuer Beamten zu rühren. Und zwar angesichts der Tatsache, daß im Frühjahr 1922 wieder Tausende von Beamten aller Gattungen aus Oberschlesien zur Verfügung gestellt werden, trotzdem das Reich erst zu einem Bruchteil die verdrängten Beamten aus dem Elsaß und Neupolen untergebracht hat. Das Anwerben neuer Beamten erscheint als der reine Hohn auf jede Wirtschaftlichkeit. Wie es gemacht wurde, darüber gibt das folgende Rundschreiben Auskunft, das in der Provinz versandt wird und zweifellos nicht ohne Gefährten blieb:

Provinzial-Schulkollegium Magdeburg, 14. Oktober 21.

der Provinz Sachsen.

Zg. Nr. VIII 23840.

Landesfinanzamt Abteilung

Magdeburg, 5. Oktober 21.

für Besitz- und Verkehrssteuer.

Gesch. Nr. 1a 024001.

Es bietet sich Gelegenheit, eine größere Anzahl Steuer-supernumerare sofort, spätestens jedoch bis zum 1. April 1922 in die Reichsfinanzverwaltung einzuberufen. Da die Aussichten in dieser Verwaltung zurzeit recht günstige sind, kann der Eintritt nur empfohlen werden.

Wir erlauben ergebenst, die höheren Beurlaubten des dortigen Bereichs in geeignet erscheinender Weise in Kenntnis zu setzen.

Bewerbungen sind beim Landesfinanzamt Magdeburg, Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern, in Magdeburg, Kaiserstraße 87, unter Beifügung eines ausführlichen Lebenslaufes, der letzten Schulzeugnisse pp. anzubringen. Es können nur Bewerber einberufen werden, die im Besitze der Primarreise sind, sich tadellos geführt haben und auch körperlich den Anforderungen des Bureaudienstes gewachsen sind.

Eine solche künstliche Anwerbung von Primanern oder Sekundanern für die mittlere Beamtenlaufbahn ist um so verwerflicher, als gegenwärtig nicht weniger als 11 000 stellungslose, auf Wartegeld gelehte voll ausgebildete Beamte vorhanden sind. Ihre Zahl wird sich binnen kurzem auf 20 000 erhöhen, wenn erst die aus Oberschlesien verdrängten deutschen Beamten hinzukommen. Das Reich ist gesetzlich verpflichtet, diesen Beamten Wartegeld — bis zu vier Fünftel des Gehalts — zu zahlen, solange es ihnen nicht dauernd Beschäftigung bieten kann. Die Tausende von vertriebenen Beamten irren nun in Deutschland umher, müssen bald hier bald dort aushelfen. Die in der Entwicklung begriffene Finanzverwaltung aber sucht junge Gymnasialisten, die schließlich im Eizugtempo die Sekretärslaufbahn durchmachen sollen. Diese Praxis hat mit der Sparsamkeit nichts zu tun, die doch gerade vom Reichsfinanzministerium und mit Recht gefordert wird.

## Die Vorgänge in Sonnenburg.

Zu den Meldungen über Vorgänge in der Strafanstalt Sonnenburg wird dem Preussischen Pressedienst von zuständiger Stelle geschrieben:

Den Ausgangspunkt bildete der gemeinsame Widerstand von fünf Gefangenen gegen ihre Unterbringung in Einzelhaft, so daß sie zwangsweise getrennt werden mußten. Bei Verfall wurde unter den übrigen Gefangenen entsetzt und aufgekauft bekannt. Dies führte zu einer Arbeitsverweigerung eines großen Teiles der Gefangenen. Die Arbeit ist jedoch schon am Montag wieder aufgenommen worden. Die von der Aufsichtsbehörde vorgenommene Untersuchung der Angelegenheit an Ort und Stelle hat bisher nicht ergeben, daß Beamte ihre Befugnisse überschritten haben. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Das Handbuch über den Preussischen Staat wird nächstens in H. v. Deder's Verlag G. Schend, Berlin SW 19, ausgegeben.

## Kunen und Ruinen.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Drohend stehen über dem Kunsthimmel des neuen Jahres die Sterne. Was bang befürchtet wurde, scheint zur Katastrophe zu gelben: das Kapital, nicht das Können regiert die Säfte, die Häuser, der Reiche kann noch Konzerte geben, und auch der nur, wenn er den Mut hat, das heutige halbe Jahreseinkommen eines Arbeiters zu opfern. Ein gleichgültiges, nur prunktäugliches Mäzenatentum macht sich breit. Statt zur Anschaffung eines Flügels Geld zu geben, wird man lieber Manager einer öffentlichen Talentprobe. Die Jungen, die Jungens kaufen sich mit fremdem Geld Säfte, Dräpster, Solisten, statt die Konservatoriumsschulbank zu drücken. Und statt sich mit Mozart zu blamieren, streut man mit weniger klarer, weniger erkennbarer Neugier den Freibillettären Sand in die Ohren. Der Berühmte ist ungeheuer, und nur wenn eine Urkraft, wie die der Dregin, Beethovens Lieder neu der Menschheit gewimmt, wenn eine schwärmerische Natur, eine Intelligenz wie Brodersen im Schüberschen Lied irdisches Sehnen und Lieben aus dem Herzen heraus gestaltet, vergißt man, daß ein Gesangsabend eine Kunstverlegenheit ist. Seien wir ganz ehrlich: die Berliner Kunst flirrt. Es wird trüben an allen Ecken und Enden. Und wir werden nur durch Unglück der einzelnen, durch Verdrängung der Talente, durch Hinauswinken des Großen frei werden vom tragischen Niedergang. Das Alte, Große, Kostliche soll Erlebnis und Freier sein, nicht Alltag, das Neue, ehrlich im Heut Erlebte, mag es auch mit fremden Letzern gezeichnet sein, muß behorcht werden. Zwischen Kunen und Ruinen pendelt unser Tag, unser Schicksal, unsere Hoffnung.

Edward Erdmann sei gepriesen. Welch ein lustiges Programm! Eckardt, Schubert, Mussorgski, Schabell, Schuberts unvollendete Sonate C-Dur ist ein Sonatenspiel mit entzückenden, kleinsten Themen, elegant, rototofast, zierlich im Bau, im Gewächs, nicht großartig, nicht bedeutend. Die beiden letzten Sätze hat Krenet ergänzt; es spricht für ihn, daß man Beginn und Art der Ergänzung nicht bemerkt. Mussorgskis Bilder einer Ausstellung sind fast 50 Jahre alt. Ahnt noch einer, wie ungemünzt futuristisch diese tonmalrischen Kperkus sind? Dieser geniale Russe hat eine kleine Plastik im Ausdruck, eine tonmalrische Kraft, eine körperhafte Phantasie. Bewußt: Mendelssohn kommt aus der Schrift heraus, aber 20. Jahrhundert eben. Die Sonate von Alt und Neu, von Ruinen und Kunen ist verheißungsvoll vollzogen. Erdmann trifft das Schicksal vollendet. Nicht mit den Fingern allein, sein Kopf, sein Körper, sein Blut, seine Seele, seine Mimik, keine Bewegungen zeichnen so klar bei aller Unbewußtheit, daß sie auch ohne Klänge einprägsame Bilder bestimmter Erlebnisse geben. Die Suite von Schabell ist ein seltsames Gemisch von richtiger moderner Tanzrhythmik und unantem Ultramodernismus in Farbe und Harmonik; beides sehr geschickt, sehr elegant, sehr mondän.

Neben Erdmann rücken viele alte Planisten in den Hintergrund, weil sie den temperamentsgelassen und musikalisch überlegenen Vollen nicht an Persönlichkeitskraft erreichen. So Victor Schiller, dessen Vortrag (sinfonische Variationen Franz) ein sehr solides Können verrät; Georg Bertram, der Beethovens 12-Ton-Konzert mit herrlichem Virtuosenklang umhüllt. Nur

Busoni hat wieder das Schwergewicht einer einzigartigen Persönlichkeit einzusetzen, mag er nun als Mozart-Interpret strahlen oder nicht (Matinee in der Staatsoper). Diesem höchsten Glück der Erdentinder ist zwar Walter Straram nach fern. Doch löst die Art, wie dieser Franzose ein Mozartsche Musik gibt, hohen Respekt ein. Kein Spielern, keine Manier, sondern fröhlich, leicht und grazios übermittelte Kunst. Die gleiche Sinfonie Es-Dur von Mozart dirigiert auch der rührige Edmund Weisel mit dem neu gegründeten Kammerorchester. Vorläufig klingt da vieles noch sehr massiv und großblütig, trotz Verminderung der Geiger. Aber bei der Routine, die Weisel hat, wird er durch sorgfältige Dämpfung und durch Selbst-Studium sicher die neue Vereinigung zu einem gefunden Faktor Berliner Musiklebens ausstellen. Die Sängerin Julia Kessly hat einen klaren, nicht sehr ebenmäßigen, einen weichen und sinnfrohen Koloraturspran, mit dem sie die Cherubin-Arie wirkungsvoll vortrug. Weisler des Vortrages, auch auf dem Konzertpodium, ist Leo Siegal. Er hat vor kurzem seine kurzweiligen Memoiren („Meine gesammelten Briefe“) veröffentlicht. Sie von Laune und Uebermut sprudeln. Ganz unversehrt im Gefühl ist auch sein Viedelgong, in dem sich aparte Textbehandlung, Weichheit und Koloriertheit alter Liebesepik mit einem herrlichen Saitenmaterial verbinden. Der Erfolg — Raucherellen am Flügel — war rattenlängerhaft.

Lucie Kieselhausen. Verspätet beginnende Nachtvorstellung im Theater am Kurfürstendam. Manche Herrschaften werden ungeduldig. Endlich ein feintönig wiegendes Berklings, und da ist sie und tanzt die „Schöne blaue Donau“ — so schön wie die Donau, und viel blauer noch. Dem „Sterbenden Schwan“ des jüngst verstorbenen Saint-Saens folgt ein Märchen aus Tausend und eine Nacht, Musik des orientalen Großrauschen Kimsi-Korjafow, und Lucie Kieselhausens Partner Bickmaner kann da den großen Abstand von ihr etwas verringern. Köstlich die gefeligen Augenstrieche der Kieselhausen als Dimmy-Dommi. Schließlich lassen Borobinos Länge das Wiener Paar ein russisch kommen. Ein dazwischen gespieltes Tanzdrama italienischer Textherkunft ist köstlich. — Ausstattung und Kostüme sind des Gedächtnis an Wien würdig, das nur noch heute, Donnerstag, wieder ausfinden soll.

Ende des Düsseldorf Schauspielhauses. Die Direktion des Düsseldorf Schauspielhauses Dumont-Viehmanna gibt bekannt, daß ihr von städtischer Seite in Zukunft keine Mittel mehr bewilligt werden können. Infolgedessen muß die Direktion den Betrieb einstellen und das künstlerisch hochwertige Ensemble auflösen. Der reiche Fundus des Düsseldorf Schauspielhauses gelangt zum Verkauf, um das bisher entstandene Defizit zu decken.

Ein Paradies der Tiere. Das Gebiet der Riesentrater in dem abflußlosen Gebiet unserer verlorenen ostafrikanischen Kolonie wurde im Februar 1921 von T. A. Barns, hauptsächlich zu Jagdzwecken, besucht; die Hauptergebnisse seines Berichtes folgt jetzt Fritz Jaeger in der „Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin“ zusammen. Barns erließ das Nordland vom Nordrand des Mangara-Sees und kam durch den Urwald des Südbosanges auf die ebene Grasfläche zwischen dem Riesentrater Ngorongoro und dem Vulkanberg Boolmalassin. Diese Grasfläche ist ein von Raulwurfs-

hausen über und über bedecktes Moor. Reste der südlichen Kraterumwallung glaubte Barns in einigen Hügel zu erkennen. Der Bildreichtum im Krater Ngorongoro, der während des Arkeses zur Verproviantierung der deutschen Truppen gedient haben soll, ist offenbar noch viel größer als früher. Man schätzte ihn auf 50 000 Gaus und 25 000 Stück anderes Wild. Außer Gaus kommen Zedras zu vielen Tausenden vor, ferner Thomson- und Grantgazellen, Hartebeeste, Strauße u. a. Alle Tiere, selbst Nashörner und Löwen, sind erstaunlich zahm; es ist das reine Paradies.

Barns sah auch vom benachbarten Elanairab aus den süßigen Vulkan Odirro Bengat, der im Januar und März 1917 Ausbrüche hatte. Der graue Schlamm des Ausbruchs bedeckt den Boden bis zu 16 Kilometer im Umkreis. Die oberen zwei Drittel des Berges sind völlig mit weißer Asche oder weißen Schlammkrusten überzogen, doch ist die Gestalt des Berges nicht wesentlich verändert. Am Südfuß ist ein selbiger Schlammstrom entlanggestoßen, der mit dampfenden parasitischen Kratern und Aschenkegeln besetzt ist. In der durch blühende Landwirtschaft ausgezeichneten Landschaft Mbulu oder Jalu nennt Barns unter den angebauten Gewächsen auch Reis und europäische Kartoffeln, über deren Anbau früher noch nicht berichtet war. Offenbar wurden die Eingeborenen von der deutschen Regierung dazu veranlaßt.

Die Gefahren schlechter Zigaretten. Die öffentliche Leichenschau eines gewissen Edwin Belcher, eines 53-jährigen Mannes, der bei einem Spaziergang in einer Londoner Vorstadt vom Herzschlag getroffen zu Boden gesunken war, gab Gelegenheit, die Gefahren, denen die Raucher billiger Zigaretten ausgesetzt sind, eingehend zu erörtern. Nach dem Gutachten des vernommenen Arztes war Belcher ein starker Raucher billiger Zigaretten, deren Tabak zweimal soviel Nikotin enthält als der der teuren türkischen Zigaretten. Wie der Arzt aber hinzufügte, bedingten die Phenoldämpfe, die beim Verkohlen des Zigarettenpapiers frei werden, und die bei den billigeren Marken besonders stark entwickelt werden, für den Raucher eine ungleich größere Gefahr als das Nikotin. Nach den Feststellungen des Professors Dixon von der Universität Cambridge entwickelt das verkohlte Phenol ein gefährliches Gas, das, wenn es dem Körper in größeren Mengen zugeführt wird, als Nervengift wirkt und fettige Entzündung des Herzens herbeiführt.

Die Reklame in Japan. Von den Künstlern des Westens hat sich auch die Reklame in Japan eingebürgert. Hat der echte Japaner einmal eine Idee aufgefaßt, so deutet er sie auch gründlich aus und begnügt sich nicht mit Halbheiten. Ein Buchhändler in Tokio hat z. B. in den Zeitungen an: „Die Vorzüge meines Geschäftes: 1. Beide billiger als in der ganzen Welt. 2. Bisher elegant wie eine Konzertsängerin. 3. Der Druck ist wie Kristall. 4. Des Papiers halber wie Elefantenhaut. 5. Die Kunden werden so höflich behandelt, wie die Konstantiner konkurrierender Dampfgeschiffesellschaften. 6. Auswohl so reich wie in der Staatsbibliothek. 7. Des Gefastes wird den Kunden mit der Schnelligkeit einer Kanonenkugel zugesandt. 8. Die Tafeln werden mit solcher Sorgfalt gepackt, wie es nur eine zärtliche Mutter mit ihrem Erstgeborenen kann. 9. Junge Herren, die mich häufig mit ihrem Besuch beehren, werden von allen Rängen der Lebensweise und Sitten befreit und zu soliden Männern gemacht. 10. Alle anderen Vorzüge meines Geschäftes sind so zahlreich, daß die Sprache nicht ausreicht, sie alle namhaft zu machen.“

Vom Geld, das auf der StraÙe liegt.

Berliner Alltagsvergüügen auf dem Nachhauseweg.

Man muß es nur verstehen einzusammeln. Wer geht durch Berlin wandert, wird diesen Ausspruch neunmal kluger Leute bestätigt finden.

Komik und Kartenkunst.

Ein komischer Komiker, der sich da einem verehrlichen Publikum mit seinen halbseidenen Klauen produziert, preist ein Niederbuch zur Unterhaltung von Gesellschaften an.

Zigeunerweisheit im Automat.

Hebräisch: Okkultismus und Spiritismus sind in Berlin im Begriff, auf den Hund zu kommen, auf die StraÙe sind sie wenigstens schon gekommen.

Chromant macht das auf mechanischem Wege, aber nicht so zuverlässig. Der Automat, ähnlich einer automatischen Personenwaage, gibt uns den Formen und den Linien Ihrer Handfläche ein Bild Ihres Charakters und Ihrer Zukunft.

Ich ziehe mit meinem Charakter- und Zukunftsbild keine, nachdem ich noch schnell meine Umgebung geprüft habe, ob auch nicht etwa ein Bekannter meine loserhaltene Reizung beobachtet hat.

Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun.

„Leben Sie wohl, Frau Hjarmer!“ sagte er schwer und leise, während sein Blick den ihren zum letzten Mal suchte.

„Nun haben Sie den Ingenieur also doch zu sehen bekommen!“ sagte Frau Hjarmer laut und munter, indem sie an den Tisch zurücktrat.

um dort Gold zu graben; ich gehe täglich meinen Schindrian. Auch die weiteren Beschreibungen meines Charakterbildes stimmen nicht.

Tischlein, rüd dich

Ich habe zwar noch keine spiritistische Seance mitgemacht, ich habe aber schon gehört und gesehen, daß es dabei sehr geheimnisvoll zugehen soll.

Das Experiment zu Hause.

Zu Hause angekommen, sind die Familienmitglieder schon um des Lichts gefällige Flamme verkommen.

Preise.

Wenn man heute sieht, daß der Doppelzentner Weizenmehl, der am 9. Januar 1922 in Berlin mit 970 bis 1060 M. bezahlt wurde, im November 1921 noch mit 395,10 M. zu haben war

„Lieben und lieben — das ist ja so leicht gesagt.“ „Einige sagen es, und andere tun es.“

„Und dann machten Sie ihm Hoffnung?“ unterbrach Selma mit großen, interessierten Augen.

„Frau Helwig blieb neben dem Flügel stehen, auf dem die Bioline lag. Dann durchdachte sie noch einmal das Wunderbare, das geschehen war, und sagte erklärend:

„Ich hatte die Bioline hervorgeholt und spielte. Da nannte jemand meinen Namen, und plötzlich stand er da — am offenen Fenster.“

„Wenn nun der Herr Amtsvorsteher zu Hause gewesen wäre?“ sagte Fräulein Sindal und dachte bekümmert daran, wie schief es hätte gehen können.

„Sie dürfen nicht richten!“ sagte sie und senkte ihren warmen, dunklen Blick in die großen, treuherzigen Augen des jungen Mädchens.

mäßig 4,80 bis 4,90 M. kostet, während es in den Wintermonaten der Vorkriegszeit für 10 bis 12 Pf. zu haben war?

Außerordentlich lehrreich ist die nachstehende Uebersicht der Preise einiger wichtiger Lebensmittel, wie sie amtlich für Preußen im Durchschnitt des Monats November ermittelt wurden:

Table with 6 columns: Year, Rye, Wheat, Coffee, Pork, Bacon. Rows for 1913, 1914, 1919, 1920, 1921.

Ferner sind bei der Vorkriegszeit die Preise für ein Kilogramm Erbsen von 39,9 auf 974,7 Pf., für Reis von 48,5 auf 1350,9 Pf. und für einen Liter Vollmilch von 21,0 auf 444,5 Pf. (auf Marken) gestiegen.

Wird in der Reichswehr.

Markiert da am Mittwoch vormittag eine Kompanie Reichswehr Lindenstraße, Markgrafenstraße entlang, Musik voran.

Einheitlichkeit in der Berliner Straßenreinigung.

Im Straßenreinigungsausschuß der neuen Stadtgemeinde Berlin bestehen noch erhebliche Unterschiede.

Der Magistrat hat nun ein Ortsgesetz ausgearbeitet, das ein möglichst einheitliches Recht schaffen soll und zurzeit den staatlichen Stellen zur Prüfung vorliegt.

Justiz in Lichterselde. Bei der telephonischen Uebermittlung des Urteils gegen unseren früheren Gemeindevorordneten Genossen Wenzel in Lichterselde hat der Gerichtsberichterhalter irrtümlich gemeldet, daß Wenzel die Wahrung berechtigter Interessen nicht anerkannt worden sei.

„Frau Helwig wurde durch seinen Blick, der keine Rückficht auf Fräulein Sindals Anwesenheit nahm, beunruhigt.“

„Bieleicht kennt Ihr Mann ihn gar nicht?“ Die Frage war ein Fühlhorn, das sie ausstreckte.

„Frau Helwig erhob sich und ging durchs Zimmer, während sie die Brust vorstob und mit den Händen über die Hüften strich.“

„Das ist es ja eben!“ sagte sie. „Nun hätte es nie verstanden. Deshalb schwieg ich.“

(Fortsetzung folgt.)

# Wirtschaft

## Die Wohnungspolitik des Reichstages.

Dr. Ing. Martin Wagner vom Verband Sozialer Bauarbeiters

Seine Ausführungen im „Vorwärts“ vom 21. Dezember vorigen Jahres über die „Wohnungspolitik des Reichstages“ haben im Nr. 613 dieses Blattes einen namentlichen Kritiker gefunden, der dem Wohnungsausschuss des Reichstages und seinen Sachverständigen „Richtungslosigkeit“ vorwirft, die Wohnungspolitik von den Gesichtspunkten der „Gesamtwirtschaft“ aus betrachte und zu dem Ergebnis komme, daß es im Interesse des Reiches und im Interesse der Arbeiter liege, die Mittel zu dem Wohnungsbau durch eine Anleihewirtschaft, d. h. durch eine Pumpwirtschaft aufzubringen.

Die Ausführungen des unbekannten Kritikers müssen bei den Lesern den Eindruck erwecken, als spreche er von einer besonders hohen Werte und im Namen einer Regierungskasse.

Daß er nicht im Namen des Reichsarbeitsministeriums, dem für die Wohnungspolitik zuständigen Ministerium, gesprochen hat, geht schon daraus hervor, daß der Reichsarbeitsminister sich in der Begründung zu dem Beschlusse über die Wohnungsabgabe ziemlich eindeutig gegen die Anleihewirtschaft ausgesprochen hat. Der Minister gibt dort selbst zu, daß den Ländern und Gemeinden die Aufnahme langfristiger Anleihen auf dem freien Kapitalmarkt bislang nicht möglich gewesen ist und daß die Unterbringung derartiger Anleihen im Jahre 1922 nach dem übereinstimmenden Urteil berufener Sachverständiger aus den Kreisen der Reichsbank, der Privatbanken, des deutschen Städteverbandes, sowie auch nach der Ansicht des Reichsfinanzministeriums sehr ungewünscht ist. Und in der Tat, es ist kaum anzunehmen, daß auf diesem Wege hinreichendes Kapital für den Wohnungsbau beschafft werden kann, und wenn es der Fall wäre, dann müssen wir, daß jede Anleihe verzinst und getilgt werden muß, und daß die Mieter, die diese Verzinsung und Tilgung in Form von Wohnungsabgaben aufzubringen haben, durch die Anleihen wirtschaftlich doppelt belastet werden. Die Finanzierung des Wohnungsbaus auf den Anleiheweg verweisen, heißt demnach mit den Wohnungslosen ein ehrliches Spiel treiben, heißt den Baumarkt von den Zufälligkeiten der Konjunktur abhängig machen, heißt eine geordnete Bauwirtschaft sabotieren, heißt den Wohnungsbau „den Regulator für den inneren Markt“ wie mein Kritiker sehr richtig sagt, zum Regulator der Wirtschaft machen.

Wir können aber auch kaum annehmen, daß der ungenannte Kritiker dem Wirtschaftsministerium nahesteht, denn sonst hätte er sich nicht die Bemerkung leisten dürfen, daß man in Deutschland von einem Baustoffmangel kaum sprechen könne, weil die Baustoffe nur auf das 15- bis 20fache der Friedenspreise gestiegen seien, während die Rohlen eine Steigerung um das 25fache erfahren haben. Der Kritiker hätte wissen müssen, daß die Baustoffpreise bereits im Dezember vorigen Jahres das 25fache der Friedenspreise überschritten haben, und daß man die Baustoffe nicht mit der Kohle vergleichen kann, weil auf der Kohle eine Kohlensteuer lastet und weil eine Reihe von Baustoffen teils überhaupt nicht durch Kohle hergestellt werden, teils mit Kohle hergestellt werden, die wesentlich stärker als auf das 25fache der Friedenspreise gestiegen ist.

Aber über die Baustoffmangel und den Baustoffmangel wollen wir die Öffentlichkeit demnach in einem eingehenden Artikel aufklären.

Dazu ist zu bemerken: Uns leidet bei der Wiederabe der Erwähnungen gegen die Vor schläge Dr. Wagners die Tatsache, daß in dem belagten Artikel sehr wichtige jährliche Momente zur Beurteilung der Wohnungspolitik angeführt wurden.

Die Forderungen der Gewerkschaften, wonach die gemeinwirtschaftlich zu erbauenden Häuser schubengelöst zu werden sind, teilen wir prinzipiell auch. Ob die Anwendung des Prinzips gelingen wird und kann, ist eine andere Frage. Der Reichstag ist auf einer Seite mit 247 Milliarden schwebender Schulden belastet. Es ist unseres Erachtens vorläufig kaum denkbar, allein auf steuerlichem Wege die ungeheuren Mittel verfügbar zu machen, die zur großzügigen Aufnahme der Bautätigkeit führen können, nachdem noch nicht einmal die Erlösung der Schwere zur Balancierung des Reichshaushalts als gesichert angesehen werden kann. Es ist also schon der Mühe wert, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, ob nicht auf andere Weise die nötigen Milliarden aufgebracht werden können. Der freie Kapitalmarkt braucht für diese Zwecke vorerst nicht in Anspruch genommen zu werden, zumal, wie unser Einleider richtig betonte, auch große, bereits gemeinwirtschaftlich gebundene Kapitalien zur Verfügung stehen, die auf eine sichere und zugleich produktive Anlage warten. Werden zunächst einmal diese Mittel für den Wohnungsbau flüssig gemacht, so kann von einer Abhängigkeit von den Zufälligkeiten der Konjunktur nicht gut die Rede sein. Im bedenklichsten ist die „doppelte Belastung der Mieter“, die die Verzinsung und Amortisation zu leisten hätten. Wir gehen durchaus mit Dr. Wagner darin einig, daß ein zinsfreier Zuschuß gemeinwirtschaftlich erwünschter wäre als eine Belastung kommender Geschlechter. Immerhin sollte doch nicht vergessen werden einmal, daß in der Zeit der gegenwärtigen Leverage die Möglichkeit, durch Mietaufschläge und Steuermaßnahmen große Summen aufzubringen, gering ist. Gibt man das aber zu, so wird man sich gerade im Interesse eines möglichst großzügigen Bauprogramms doch fragen müssen, ob man nicht durch eine zweckmäßige Anleihepolitik mehr Wohnungen schaffen kann als durch die gemeinwirtschaftlich ermüdetere Praxis. Auch ist ja leider der Sperrling in der Hand besser als die Taube auf dem — Richtum.

Eine Entscheidung, welchen Weg man beschreiten will, muß jedenfalls jählicher Erwägung vorbehalten bleiben, der durch die Gegenüberstellung verschiedener Meinungen der Boden gebietet ist.

## Umsatzsteuer und Genossenschaften.

Gegenüber den Anfeindungen, die der vom Steueraussschuß angenommene Antrag auf Freilassung gewisser Umsätze der Genossenschaften von der Umsatzsteuer besonders bei dem Großhandel gefunden hat, steht sich der Freie Ausschuss deutscher Genossenschaftsverbände veranlaßt, die zahlreichen Vertreter und bewussten Verdrängungen in einer Eingabe an die Reichstagsabgeordneten richtigzustellen, in der es u. a. heißt:

„Vor allem die seitens des Großhandels gegen den Antrag vorgebrachten Gründe zeigen mit Deutlichkeit, daß diese Kreise nicht

dem Gebäude der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Charlottenburg, Frauenhoferstr. 1, beginnen. Dem Schlußaussschuß gehören außer den Vertretern der zuständigen Behörden sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer an. Es soll den Heijern unter anderem auch durch praktische Anweisungen gezeigt werden, wie Brennstoffe im Kesselhausbetriebe erspart werden können. Der Lehrplan umfaßt 60 Unterrichtsstunden und 60 praktische Übungsstunden vor dem Kessel. Aufgenommen werden nur Heijer mit einjähriger Berufstätigkeit in einer Hochdruckdampf-Kesselanlage oder gekiernte Schloffer, Kesselschmiede und Maschinenbauer mit mindestens dreimonatiger Tätigkeit als selbständige Heijer. Das Schulgeld beträgt 100 M., Anmeldung zur Teilnahme nimmt der Geschäftsführer des Schlußaussschusses, Oberingenieur Generich, Berlin, Lessingstr. 24, entgegen.

## Die Aufwandsentschädigung der Ehrenbeamten.

Das Oberverwaltungsgericht hat sich gestern mit der Verwaltungsstreitklage des Magistrats Berlin gegen den Oberbürgermeister wegen des von den städtischen Körperschaften beschlossenen Ortsgesetzes über den Ertrag borer Auslagen und entgangenen Arbeitsverdienstes an ehrenamtlich tätige Bürger durch Pauschale beschäftigt. Der Oberbürgermeister hatte diesen Beschluß auf Anweisung des Oberpräsidenten beantragt und der Magistrat erhob daraufhin die Verwaltungsstreitklage mit dem Antrag, das Ortsgesetz für rechtsugiltig zu erklären. In der gestrigen Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht vertrat Magistratsassessor Dr. Heine den Magistrat. Der Oberpräsident hatte sich bei seiner Anweisung auf den Standpunkt gestellt, daß die den städtischen Ehrenbeamten, Stadtverordneten und unbesoldeten Stadträten usw. gewährten Monatspauschalen und Sitzungsgelder mit dem Ertrag borer Auslagen und entgangenen Arbeitsverdienstes zu entschädigen seien. Der Magistratsvertreter betonte demgegenüber, daß diese Pauschalierung zweifellos zulässig sei, insbesondere nach dem Gesetz über die Veränderung einzelner Bestimmungen des Gemeindeverfassungsrechts. Danach sei im allgemeinen eine Entschädigung festzusetzen, die dem entgangenen Arbeitsverdienst „entspricht“. Besonders bei den geistlichen Arbeitern als städtischen Ehrenbeamten sei ein Nachweis über entgangenen Arbeitsverdienst unmblich. Der Senat beriet über diese Frage der Entschädigung an Stadträte etc. usw., die das Oberverwaltungsgericht noch nicht beschloffen hat, sehr eingehend, ohne zu einem Beschluß zu kommen. Das Urteil soll den Parteien schriftlich zugestellt werden.

**Aus Anlaß der Tarifhöhung im Personenverkehr zum 1. Februar 1923** hat die Eisenbahndirektion die Gültigkeit der Fahrkarten auf Grund des Deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarifs, Teil I § 13, Aufh.-Bef. 5 (2) für die Zeit vom 29. bis 31. Januar beschränkt. Mit Fahrkarten, die mit einem Tage des Januar abgestempelt sind, muß die Reise im Januar angetreten werden.

**Die Unterhaltungen bei der Berliner Postzeichnungsstelle.** Von dem Millionenbetrage, den der Schlußarbeitenmeister in Berlin vor einigen Tagen in der Polizeihauptkasse in Berlin unter der Aufsicht von Herrn Dr. Heine (Schleier) bei Verwandten des Betrages 250 000 M. beschlagnahmt.

**Verkehrshilfsaussschuß Groß-Berlin.** Sonntag, den 13. Januar, nachm. 3 Uhr, in der Wilhelmstraße, Bernburger Straße, Bierschke Restaurant (Kantinenkassette — Gelang). Wirkende: Eduard Erdmann, Anton Wol und Dr. Rolf. Wir bitten, die Karten einzufüllen. — Die Vorlesungen der Sozialistischen Bildungsgesellschaft im Bureau am Dienstag, den 24. d. M., Redner: Dr. Heine im Bureau des Bezirksbildungs-ausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 4 Treppen und bei den Mitgliedern der Bildungsgesellschaft. — Sonntag, den 5. Februar, nachm. 3 Uhr, im Reuen Volkshaus, Köpenicker Straße 68, „Die Arbeiter“ von Dr. Scham. Karten 6,00 M., einschließlich Kleiderabgabe und Idealticket im Bureau des Bezirksbildungs-ausschusses und im Bureau des Berliner „Arbeiter-Rings“, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Tr. — Sonntag, den 5. Februar, abends 7 Uhr, im Oberbühlhof der Wilhelmstraße, Bernburger Straße, „Berliner Dumas und Schmelzleder“ (Gaul Köhne). Karten 8,00 M., im Bureau des Bezirksbildungs-ausschusses und bei den Mitgliedern der Bildungsgesellschaft. — Freitag, den 13. abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksvorstandes, Lindenstraße 3, 2. Hof 2 Treppen, Sprechsaal mit Musik aus den Reihen der Genossen Bendiner und Grünwald.

In der Neuen Welt, Halenheide, versucht man jetzt den freundschaftlichen Seiten des böhmisches Dialekt näherzukommen. Um den Gemut des nun ganz friedensmüden Volkstums in die richtige Stimmung zu bringen, ist eine Openairkonzert sehr naturgemäß über beide Ufer gelangt. Gemalte Bezirke der Dialekt sind nicht zu zählen, und schneidende Stimmen leuchten im Wald. Mit der dazu gehörigen Schindplattenermusik hat man so ziemlich alle Freuden des Bayernlandes vereint, ohne daß — heute sehr kostbare — Vergnügen der Befanntschaft mit dem Original allzu sehr zu vermischen.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 12. Januar:

8. Wkt. Tempelhof. Die Einlieferung der Genossen Gumbach findet nachmittags 4 1/2 Uhr im Krematorium in Baumgartenweg statt. Abfahrt 2.12 Uhr zum Friedhof Tempelhofer Park. — Junggenossen. Gruppe Schöneberg-Teichmann: 7 1/2 Uhr bei Groß, Sedanstraße 17, Mittelberliner-Vereinigung. Erhalten aller Mitglieder erziehen. — Gruppe Köpenick: 7 1/2 Uhr in der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 3, Vortrag von Arthur Heiler über „Kunst und Sittlichkeit“. — Gruppe Tempelhof: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Eisenstr. 3, Vortrag über „Tagelohn“. Referent Otto Bach. — Gruppe Spandau: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Reichenberger Str. 26, Vortragabend. — Gruppe Neukölln: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Rappstr. 25, Mittelberliner-Vereinigung. — Gruppe Friedrichshagen: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Schornmeierstraße, Vortragabend.

Morgen, Freitag, den 13. Januar:

7. Kreis Charlottenburg. 8 Uhr Sitzung der Abteilungsleiterinnen im Rathaus, Sitzungssaal 1. Abends 8 Uhr Generalsammlung aller in der Wahlkreisgruppe tätigen Genossinnen und Genossen im Rathaus, Sitzungssaal 1. Es ist Pflicht aller Genossen, zu erscheinen.

11. Kreis Schöneberg-Friedmann. Abends 7 1/2 Uhr beim Genossen Wkt. (Ost-Ring), Berlin-Neukölln-Str. 29, wichtige Kreisaktion. Abends 8 Uhr Erhalten aller Kreisfunktionäre sowie Betriebsleiter. Abends 8 1/2 Uhr Erhalten aller Kreisfunktionäre. Auf das Sozial achten!

## Jugendveranstaltungen.

Berlin Weidener-Jugend. Sekretariat: SW. 25, Lindenstr. 1, 2. Hof Nute, 2 Treppen rechts. Telefon: Rpl. 121 06-10.

Heute, Donnerstag, den 12. Januar:

Sanftig: Jugendheim Schlichter, 6. Disziplin: „Krankenkasse“. — Köpenick: Jugendheim Gemeindehaus, Kurlufer Str. 6, Vortrag: „Der moderne Kapitalismus“. — Oranienburg: Jugendheim Gemeindehaus, Rappstr. 2, Vortrag: „Sozialismus und Christentum“. — Reinickendorf: Jugendheim Volkshaus, Schornmeierstraße, Mitgliederversammlung. — Schöneberg: Volkshaus, Jugendheim Gemeindehaus, Sonnenburger Str. 20, Disziplin: „Weidener-Jugend und Jahresfeier“. — Spandau: Jugendheim Gemeindehaus, Rappstr. 25, außerordentliche Mitgliederversammlung.

Weiter bis Freitag mittag. Umso kälter, je weiter aufsteigt, jedoch überwiegen und demütigt mit über wiederholten, im Norden noch vielfach harten Niederschlägen und tiefen nebligen bis nordwestlichen Winden.

## Die falschen Schahgräber.

### Zur Bluttat im Walde von Königswusterhausen.

Ein umfangreicher Nachprozeß nahm gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Walter seinen Anfang. Wegen Mordes und schweren Raubes und wegen Urkundenfälschung sind der 24-jährige Kaufmann Wilhelm Freimund und der 29-jährige Kaufmann Karl Kopp angeklagt. Es handelt sich um die Verschleppung und Ermordung der Frau Mathilde Krell.

Die beiden Angeklagten haben sich in gemeinsamer Strafkammer in Steintin kennengelernt. Kopp erzählte dem Freimund, daß er wegen Verurteilung einer Regimentskasse zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden sei. Er behauptete, daß Frau Krell, mit der er bekannt gewesen sei, von der geraubten Summe 50 000 M. erhalten habe. Er erzählte weiter viel von den Lebensgewohnheiten der Frau Krell und daß sie viele Schmuckstücke besitze. Daraus erwuchs der Plan, die Schmuckstücke der Frau Krell zu rauben.

Der Plan wurde nach vielem Hin und Her am 24. Mai 1921 zur Ausführung gebracht. Kopp traf sich mit der Frau Krell und wußte sie zu bestimmen, mit ihm nach Königswusterhausen zu fahren, wo er im Walde Waren versteckt haben wollte, die angeblich aus unkontrollierten Geschäften stammen sollten. Die Frau ging auch auf den Plan ein und beide fuhren nach Königswusterhausen. Freimund folgte unauffällig und ging den beiden auch in Königswusterhausen in gewisser Entfernung nach. In der vorher verabredeten Stelle überließen die beiden die Frau und nahmen ihr Ringe und Ohrringe ab. Dann legten sie ihr eine Schlinge um den Hals; bei der Erbrochlung ist sie dann gestorben. Beide Angeklagte warfen dann die Leiche in einen nahegelegenen Sumpf und bedeckten sie mit Gebüsch. Nach der Tat fuhren die Angeklagten nach Berlin und verkauften die Schmuckstücke.

Ob der Tod eine Folge des Ertrügens oder der Zugiehung der Schlinge um den Hals gewesen ist, hat sich mit Sicherheit nicht feststellen lassen. — Die Angeklagten suchten einander die Hauptschuld an dem Verbrechen zuzuschreiben. Kopp ist wiederholt in einer Nervenklinik gewesen. Als Sachverständige sind Sanitätsrat Dr. Seppmann, Dr. Guttwein und Gefühlsarzt Dr. Moersheim geladen. Die Anklage wird durch Staatsanwalt Genrich vertreten. Für die Verhandlung sind zwei Tage angesetzt.

## Wieder die Schreckenstot einer Mutter.

### Ihre zwei Kinder und sich mit Gas vergiftet.

Nachdem erst vor kurzem die Tat einer Mutter in Charlottenburg, die ihre drei Kinder vergiftete, Schrecken erregte, kommt jetzt die Meldung von einem neuen Verbrechen der gleichen Art.

Im Osten Berlins, in der Weberstraße 46, vergiftete die 41 Jahre alte Frau Marie Loffe sich und ihre beiden Kinder, die 14-jährige Margarete und die 12-jährige Wilhelmine, gestern nachmittags mit Gas. Als man, durch den Gasgeruch aufmerksam gemacht, in die Wohnung eindrang, fand man Mutter und Kinder als Leichen auf. Was die Unglückliche zu der schrecklichen Tat getrieben hat, bedarf noch der Aufklärung.

## Kreistagswahlen in Teitow!

Die Kreistagswahlen sind auf Sonntag, den 12. Februar, von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags anberaumt worden. Der Kreisausschuß hat gemäß § 6 Abs. 1 der Wahlordnung vom 31. Dezember 1920 bestimmt, daß die Wählerlisten vom Sonntag, den 15. Januar, bis Sonntag, den 22. Januar, auszuliegen sind. Die Tagesstunden, an welchen die Listen zur Einsicht der Wähler ausliegen, werden vom Gemeindevorstand in ordnungsgemäßer Weise bekannt gemacht. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, der am Wahltage, das ist der 12. Februar, das 20. Lebensjahr vollendet hat und im Kreise Teitow wohnt. Wählen kann nur, wer in eine Wählerliste eingetragen ist. Auf Wahlscheine darf bei Kreistagswahlen nicht gewählt werden.

## Seht die Wählerlisten nach!

### „Belohnte“ Pflichttreue.

Im November berichteten wir über einen gegen das Postamt Tempelhof 2 (Hohenzollernstraße) verübten Raubüberfall. Der dort beschäftigte Postkellner Wiedemann verlor, durch entschlossene Abwehr die Räuber an der Andraubung des Postamts zu hindern. Er wurde durch einen Revolverbeschuss schwer verletzt, doch mußten die Räuber, weil der Schuss alarmierend wirkte, schleunigst flüchten. Nur einen geringen Geldbetrag konnten sie noch an sich raufen; der allergrößte Teil des gesamten in die Hunderttausende gehenden Bestandes an Geldern und Wertgegenständen blieb durch Wiedemann mutiges Vorgehen davor bewahrt, den Räubern in die Hände zu fallen. Wir hören jetzt, daß die Oberpostdirektion Berlin als „Belohnung“ für den pflichttreuen Beamten, der sein Leben riskierte, den Betrag von 1000 M. (eintausend Mark) für angemessen hält. Das macht der „Sparfamkeit“ unserer Oberpostdirektion — Ehre!

Die Berliner Gemeindegewerbesteuer. Der zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Einführung einer besonderen Gemeindegewerbesteuer eingesetzte Stadterordnungs-ausschuß hat gestern mit einer längeren allgemeinen Aussprache seine Verhandlungen begonnen. Zu einer sachlichen Beschlußfassung kam es noch nicht.

Der Kampf um die Schlagjahre. In einer Verhandlung vor dem Bürgergericht des Landgerichts I hatte sich der Milchgroßhändler Geise wegen Aktienhandels, Preistreiberei und Uebertretung der Verordnung über den Verkehr mit Milch zu verantworten, weil er entgegen dem Verbot reine Naturmilchlagfahne vertrieben haben soll. In der Verhandlung wurde durch den Vertreter des Vereins Berliner Milchhändler bekundet, daß sein Verein bei einer Volks-Vollversammlung die Schlagjahre habe kaufen lassen, die sich nach der chemischen Untersuchung als reine Schlagjahre erwiesen habe, womit erwiesen sein sollte, daß die städtische Molkerei Wolle selber reine Schlagjahre verkauft habe. Das Gericht konnte nach diesen, die Molkerei Wolle belastenden Angaben in längerer Beratung eine Schuld des Angeklagten nicht feststellen und beschloß, weitere Zeugnisse zu laden, um festzustellen, ob in den städtischen Molkereibetrieben tatsächlich entgegen den Verordnungen Naturmilchlagfahne hergestellt werde.

Errichtung einer Heizerschule Groß-Berlin. Auf Grund der vom Reichswirtschaftsministerium im Einvernehmen mit der Reichsarbeitsgemeinschaft erteilten Richtlinien hat der Schlußaussschuß für Heizerschulen Groß-Berlin die Heizerschule für Kesselschmiede am Hochdruckdampfwerk eingerichtet. Der Unterricht soll ab 15. Januar in

**LECIFERRIN für Kinder, die nicht gedeihen u. ind. Entwicklung zurückbleiben**  
Hervorragend begünstigt zur körperlichen und geistigen Entwicklung. Von Kindern mit Verliebe genommen.  
Deutsche Teigwaren Maccaroni Eiernudeln Ein Volks-Nahrungsmittel  
Wohlschmeckend und von hohem Nährwert. — Ueberall zu haben.  
Großvertrieb durch Vereingte Deutsche Teigwaren-Fabriken G. m. b. H. in Mannheim

und die Bedeutung des Antrages verkannt haben, sondern auch jeglicher Kenntnis des Genossenschaftswesens entbehren. Die Gegner der Gegenseite geht vor allen Dingen mit der Behauptung vor, daß in diesem Antrag eine steuerliche Bevorzugung der Genossenschaften liege. Diese Behauptung ist unzutreffend. Bei der Annahme des Antrages handelt es sich nicht um eine steuerliche Begünstigung der Genossenschaften, sondern um die Durchsetzung steuerlicher Gerechtigkeit auch für die Genossenschaften. Die Gegenseite verkennt vollständig, daß der Antrag lediglich den Genossenschaften zugute kommt, die ihren Geschäftsbetrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränken, bei denen also zweifelslos eine wirtschaftliche Einheit zwischen dem Geschäftsbetrieb der Genossenschaft und den Einzelwirtschaften der Genossen besteht. Genossenschaften sind eben gemeinwirtschaftliche Organisationen und als solche auch in der Verfassung anerkannt. Die Beseitigung der steuerlichen Benachteiligung der Genossenschaften in dem alten Umsatzsteuergesetz ist das Ziel des obenstehenden Antrages.

Aber auch aus wirtschaftlichen Gründen ist der Antrag durchaus berechtigt. Seitens der Gegner des Antrages wird behauptet, daß der Antrag der Genossenschaften einen Steuerausfall für den Staat von 6 bis 8 Milliarden bedeute und daß diesen Ausfall das Reich doch kaum tragen könne. Diese Zahlen sind seitens des Großhandels in der gesamten Presse verbreitet worden, während nach dem Protokoll der Ausschüsse ein einwandfrei feststeht, daß die Reichsregierung von einem Ausfall von 60 bis 80 Millionen gesprochen hat. Um höhere Zahlen handelt es sich nicht, da der gesamte Umsatz der Genossenschaften nach den statistischen Unterlagen nicht mehr als 4 bis 6 Milliarden beträgt, wobei zu beachten ist, daß die Zahl von 80 Millionen noch recht hoch gegriffen ist, da der Antrag ja Umsatzsteuerfreiheit nur für einen Teil der vereinnahmten Entlaste fordert. Gegenüber einem Umsatzsteuerertrag von 24 bis 28 Milliarden kann der Ausfall keine ausschlaggebende Bedeutung besitzen. Es muß mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden, wenn mit derartigen falschen Zahlen, wie sie der Großhandel als maßgebend verbreitet, gegen einen Antrag Sturm gelaufen wird, der lediglich eine steuerliche Ungerechtigkeit ausgleichen soll, bei dem die Gegner des Antrages lediglich von Konkurrenzgründen und dem Bestreben, dem gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelstande die Genossenschaften, seine ureigensten wirt-

schaftlichen Organisationen, die allerdings dem Großhandel Konkurrenz machen, lahmzulegen. Die Genossenschaften sind gezwungen, nach der Art ihrer Organisation, mit den allergeringsten Preispannen bei dem Verkehe mit ihren Mitgliedern zu rechnen, eine Preispanne, die nicht gestattet, ohne weiteres eine ungerechte steuerliche Belastung mit einzukalkulieren. Die Erhaltung der genossenschaftlichen Organisationen, auch des Mittelstandes, fordert dringend Beseitigung jeder steuerlichen Ungerechtigkeit. Diese Forderung bedeutet aber ohne weiteres Beseitigung solcher Ungerechtigkeiten für alle Arten von Genossenschaften, ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ohne Berücksichtigung wirtschaftlich-politischer Forderungen einzelner Kreise. Die Steuerpolitik darf nicht zur Förderung oder Unterstützung einzelner Wirtschaftsorganisationen benutzt werden. Die Herkunft der Angriffe gegen den genossenschaftlichen Antrag zeigt mit Deutlichkeit, daß dieser Gesichtspunkt verkehrt wird. Die Anerkennung der genossenschaftlichen Eigenart auch in den Steuergeboten und eine steuerlich gerechte Behandlung ist eine Forderung aller Genossenschaftsorten, die auch in dem Antrage zu dem Umsatzsteuergesetz ihren Niederschlag gefunden hat.

Die Frankfurter Gesellschaften für Metallhandel und Metallverarbeitung beschließen, ihre durch Personengemeinschaft bereits hergestellte Gemeinschaft der Interessen noch weiter auszubauen. Die Aufsichtsräte der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt, der Metallgesellschaft und der Metallbank und Metallurgischen Gesellschaft, Frankfurt a. M., beschließen einen Interessengemeinschaftsvertrag, derart einzugehen, daß die drei Gesellschaften unter Wahrung ihrer rechtlichen und geschäftlichen Selbständigkeit ihre Gewinne in Zukunft zusammenwerfen.

Hamburgs Seeschiffverehr im Dezember 1921. Ein Bild von dem starken Anwachsen des Hamburger Schiffverehrs geben folgende Zahlen. Nach Angabe des handelsstatistischen Amtes in Hamburg sind im Monat Dezember im Hamburger Hafen seewärts zu Handelszwecken angekommen 593 Dampfer (1913: 664) und 142 Segler bzw. Schlepsschiffe (314), im ganzen 735 Seeschiffe mit 873 169 Netto-Registertonnen (1178 mit 1 179 070). Abgegangen sind seewärts: 619 Dampfer (868) und 171 Segler bzw. Schlep-

schiffe (339), im ganzen 790 Seeschiffe mit 877 680 Netto-Registertonnen (1207 mit 1 118 757). Hamburgs Schiffverehr hat also dreiviertel des Vorkriegsstandes erreicht.

Die Schätzungen der amerikanischen Baumwollern. Die Mitteilung des Agriculture-Departments, daß die Baumwollern dieses Jahres 8 340 000 Ballen betragen, d. h. um 1 800 000 Ballen größer sein dürfte, als die Oktobererschätzungen gelaufen hatten, hat die Marktlage wesentlich geschwächt. Einer Periode der Preissteigerungen für den wichtigen Textilrohstoff ist ein Rückgang gefolgt. Der Unterschied gegenüber den früheren Schätzungen wird von Seiten des Amtes nach H.P.S. damit erklärt, daß diese wesentlich auf Angaben der Pflanzler zurückgingen, die aus durchsichtigen Gründen eine weit umfänglichere Verringerung der Anbaufläche angezeigt hatten, als tatsächlich erfolgt war; seit Juli aber sind Mittel bereitgestellt worden, um amtliche Schätzungen an Ort und Stelle vorzunehmen. Gleichwohl bleibt diese Baumwollenernte die kleinste seit 1895.

Ansaldo. Auf dem Wege zur hochkapitalistischen Entwicklung Italiens war das Entstehen der "Ansaldo-Gruppe" ein wichtiger Schritt. Sie ist eine "vertikale" Vertiefung von 22 Industrieunternehmen, von der Erzeugung an bis zur mechanischen Industrie und Schiffahrt, außerdem ist die Gruppe mit Bergwerks- und Elektrizitätsunternehmen verbunden. Die einflussreiche Gruppe verfiel das extreme Hochschulzollsystem. Sie war nicht die Schöpfung des Industrie-, sondern des Finanzkapitals. Die italienischen Großbanken, in erster Linie die Banca Italiana di Sconto, haben ihre zur Erlangung verholten. Die Wirtschaftskrise, die Abschüttung und der Preissturz haben die Ansaldo-Gruppe erschüttert, sie steht vor dem Bankrott, wenn nicht einzelne Teile noch durch die Banken gerettet werden.

Agrarreform in Finnland. Das finnländische Landwirtschaftsministerium hat einen Entwurf einer Agrarreform ausgearbeitet, der die Enteignung eines verhältnismäßig geringen Teils der Landbesitze gegen Entschädigung vorsieht; der zu enteignende Teil wächst mit der Größe des Besitzes. Der Enteignung sollen nur Güter unterliegen, die vom Besitzer nicht bewohnt werden; bei Gütern über 750 Hektar soll diese Einschränkung nicht gelten.

**Theater Lichtspiele n/w.**  
Opernhaus  
2. Gastspiel Leo Slezak  
**Aida**  
6 Uhr

Schauspielhaus  
Lumpacivagabundus  
4 1/2 Uhr

Deutsch. Theat.  
7: Ein Traumspiel  
Fr 7: Louis-Ferdinand  
Prinz v. Preußen

Kammerspiele  
7 1/2: Anatol  
Freitag 8: Anatol

Gr. Schauspielh.  
(Königsplatz)  
7 1/2: Orpheus in der Unterwelt  
Freitag 7 1/2: Orpheus in der Unterwelt

Theater l. d.  
Königsplatz, Str.  
7:30 Die Fahrt  
1 Uhr Das Blaue  
Gläser, Komar, Engk,  
Pröckl, Süda, Derburg

Komödienhaus  
Abend 7:30 Uhr:  
**Karussell**  
mit  
Maria Orska, J. Rie-  
mann, G. Alzander

Berliner Theat.  
Täglich 7:30 U. r  
**Prinzessin  
Olala**  
Emmy Sturm,  
Ralph Arthur Roberts,  
H. Kiper, Wally Koch

Residenz-Theat.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Das weite Land**  
von Schmitzer,  
Irene Triebel, Arnold  
Korff, Jos. Klein, Heiser,  
Schrotth, Schöndorf.

Kleines Theater  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Jaqueline**  
Carola Toebe, Jul. Fal-  
kenstein, Hans Albert,  
Wenzelster, Kilder

Trianon-Theat.  
Täglich 8 Uhr:  
**Elga**  
v. Gerhart Hauptmann  
(Thia Durieux, K. Vietz,  
Becker, Klein, Sallner)

Russ.-Deutsch. Theater  
**Der blaue Vogel**  
Goltstraße 9  
Nollendorf 1613  
Anfang 8 1/2 Uhr  
Vorstellung alleabendlich!

Admirals Palast  
7 1/2 Uhr: Abrakadabra

**BERLINER THEATER** Charlotten-  
straße 90-92

Stark ermäßigte Preise für Abonnenten!

**Ausschneiden!**

**Anweisung**  
auf 1-6 Plätze

Täglich 7 1/2

**Prinzessin Olala**

Musik von  
Jean Gilbert  
in  
erster Besetzung

Gültig vom  
16. Januar  
bis  
5. Februar  
außer  
Sonntags

Einlösung gegen Originalbillets täglich von 10 1/2, bis 1 1/2 und von 6 1/2 bis 7 1/2,  
an der Theaterkasse Vorverkauf 8 Tage im voraus

**CREME PERI**

Eine Gewähr für gesunde Haut

bildet die systematische Hautpflege mit "Crème Peri". Eine gesunde Haut mit unverminderter Tätigkeit der Poren fördert auch das Gesamtfinden des Körpers. Eine mit "Crème Peri" (Hamamelis-Crème) veredelte Haut ist fein und zart und dabei sehr widerstandsfähig.

Überall erhältlich

Dr. M. Albersheim, Frankfurt a. M.

**CREME PERI**  
Dr. M. Albersheim  
Fabrik feiner Parfümerien  
Frankfurt 54

**Karussell**  
mit  
Maria Orska, J. Rie-  
mann, G. Alzander

**Berliner Theat.**  
Täglich 7:30 U. r  
**Prinzessin  
Olala**  
Emmy Sturm,  
Ralph Arthur Roberts,  
H. Kiper, Wally Koch

**Residenz-Theat.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Das weite Land**  
von Schmitzer,  
Irene Triebel, Arnold  
Korff, Jos. Klein, Heiser,  
Schrotth, Schöndorf.

**Volksbühne**  
Theater an Goldplatz  
7 Uhr: **König Lear**

**Lessing-Theat.**  
Heute bis Sonntag 7 1/2  
**Die rote Robe**  
Montag 7 1/2: Wenn wir  
Toten erwachen

**Deutsches Künstler-Th**  
7: Gastsp. d. Moskauer  
Künstler-Theaters  
**Der Kirschgarten**  
Freitag 7 U.: Die Brüder  
Karamasow  
Sonntag 7: Nachts  
Sonntag 7: Der Kirschgarten  
Montag 7 1/2: Der heilige Ambrosius

**Central-Theater**  
7: Das Detektivmäd-  
chen  
Deutsches Opernhaus  
7: Fliegende Holländer  
Friedr. Wilhelmstr. Th  
7 1/2 Uhr: Frauenrüber  
Intimus Theater  
U.: Die Spinnke usw.  
Mo gen 7: Premiere  
Klein. Schauspielhaus  
Heute geschlossen  
Gastsp. im Schloßp.-Th.  
7 1/2 Uhr: Die Mütter.  
Lustspielhaus  
8 Uhr: Der Werwolf  
Metropol-Theater  
7 1/2 U.: Straßensängerin  
Neues Operetten-Th.  
8 Uhr: Königin d. Nacht  
Neues Operettenhaus  
Schöneberg, Hauptstr. 144  
7 1/2 Uhr: Einmal kommt  
die Stunde ...  
Neues Theater am Zoo

**Komische**  
7 1/2 Oper 7 1/2  
Dir. Jam. Klein  
**Die große  
Revue**  
**Der Herr  
der Welt**  
Keine Bühne der  
Welt bietet solche  
Prachtausstatt.  
und Wamen be-  
rühmt. Darstell.

**CIRCUS  
BUSCH**  
L. P. Sonntag a. 3 U.  
Das  
Pferdekarussell!  
eine Tierenshow  
Zum Schluß: Das  
neue Manegeschau  
Die Schlinge der Durga  
Vvkl Werthus Circus

**Hagenbeck**  
Potsdamer Straße  
Lützow 4271.  
Tägl. 1 1/2, 3 U. Das er-  
habendste Programm  
Täglich 1/2 10 Uhr:  
Internationale  
Mittel- u. Schwer-  
gewicht. Vorverk.  
Tietz und Taiss

**Apollo-**  
Theater 7 1/2  
Dir. Jam. Klein  
**Die Ausstattungs-  
Varieté - Schan-  
kung**  
7 1/2 Uhr: Extemporale  
Großes Haus  
7 1/2 Uhr: Die Mütter  
Thalia-Theater  
7 1/2 Uhr: Die Herren  
von und zu  
Theat am Nollendorfpl.  
8 1/2: Tiefland  
7 1/2: Die Ehe im Kreise  
Theater des Westens  
7 1/2: Braut d. Lucatus  
Th. J. d. Kommandant Str.  
(Jdd. Künstler-Th.)  
7 1/2 U.: Der Dorfjunge  
Wallner-Theater  
7 1/2 U.: Die Spitzenkönigin  
Walhalla-Theater  
8 Uhr: Die Mond-  
scheldame

**Theater d. Ostens**  
(Rose-Theater)  
7 1/2 Uhr:  
**Verlorenes Glück**  
(Spreaathener)

**Internet  
Varieté**  
14  
Sensationen

**Reichshallen-Theater**  
Alte Albenstraße 7 1/2 Uhr u.  
Sonnt. abm. 3 U.  
**Stettiner  
Sänger**  
Nachm.  
7 1/2 Uhr  
8 1/2 Uhr  
8 1/2 Uhr

**Theat. u. Kolb. Tor**  
Tel. Reich 19077  
Tägl. 7 1/2, 10 Uhr u.  
Sonnt. nachm. 3 U.  
**Elite-Sänger**  
10 Personen!  
10 Personen!  
10 Personen!  
10 Personen!  
10 Personen!  
10 Personen!

**Max Landa**  
Bruno Kastner  
Sascha Gora  
Wilh. Hartstein  
Franz Groß  
P. Westermeyer  
L. Werkmeister  
**75 Damen-  
Ballet!**  
Vorverkauf  
an unterb. ochen

**FOLIES CAPRICE**  
Linienstr. 132  
am Oranienburger Tor  
Täglich 8 Uhr:  
Pension Liebeslaube  
Lillys Seitensprünge  
D. amorale Wohnung  
Frä. Grünecker, R. Beryl

**Casino-Theater**  
Lehring, Str. 37 Tägl. 7 1/2  
Nur noch kurze Zeit  
d. erfolgreiche Schlager  
**Der Wey z. Glück**  
Volksstück i. 4 Aufzügen  
Stg. 3 1/2: Geständnis

**Apollon**  
Theater 7 1/2  
Dir. Jam. Klein  
**Die Ausstattungs-  
Varieté - Schan-  
kung**  
7 1/2 Uhr: Extemporale  
Großes Haus  
7 1/2 Uhr: Die Mütter  
Thalia-Theater  
7 1/2 Uhr: Die Herren  
von und zu  
Theat am Nollendorfpl.  
8 1/2: Tiefland  
7 1/2: Die Ehe im Kreise  
Theater des Westens  
7 1/2: Braut d. Lucatus  
Th. J. d. Kommandant Str.  
(Jdd. Künstler-Th.)  
7 1/2 U.: Der Dorfjunge  
Wallner-Theater  
7 1/2 U.: Die Spitzenkönigin  
Walhalla-Theater  
8 Uhr: Die Mond-  
scheldame

**Komische**  
7 1/2 Oper 7 1/2  
Dir. Jam. Klein  
**Die große  
Revue**  
**Der Herr  
der Welt**  
Keine Bühne der  
Welt bietet solche  
Prachtausstatt.  
und Wamen be-  
rühmt. Darstell.

**CIRCUS  
BUSCH**  
L. P. Sonntag a. 3 U.  
Das  
Pferdekarussell!  
eine Tierenshow  
Zum Schluß: Das  
neue Manegeschau  
Die Schlinge der Durga  
Vvkl Werthus Circus

**Hagenbeck**  
Potsdamer Straße  
Lützow 4271.  
Tägl. 1 1/2, 3 U. Das er-  
habendste Programm  
Täglich 1/2 10 Uhr:  
Internationale  
Mittel- u. Schwer-  
gewicht. Vorverk.  
Tietz und Taiss

**Ball der  
Lustige Blätter-  
Künstler**  
unter der Devise:  
**Sodom und  
Humorra**

am 14. Januar 1922  
im Admiralspalast

Büro: Admiralspalast  
11-3 Uhr, Friedrichstraße 101.  
Tel. Zentrum 1-693, wo Ein-  
ladungs- und Eintrittskarten  
erhältlich sind.  
Balkarte 120 M., Loge 300 M.,  
Künstlerkarte (in beschränkter  
Zahl) 70 Mark.

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 108-114

Donnerstag, den 12. Januar 1922:  
Eiltag  
**Bockbierfest**  
in den bayer. Alpen  
Prämierung  
des  
tiefsten Rückenausschnittes

3 bare Geldpreise: 500, 300, 200 M.  
Die schon einmal Prämiierten scheiden aus!  
Anmeldungen bis 1/2 10 Uhr abds. an d. Kasse  
8 Kapellen / 20 bayer. Mad'l  
Anfang 7 Uhr

**Poliklinik f. unentgeltliche Beratung**  
für alle Haut-, Geschlechtskrankheiten,  
Syphilis, Harnröhrenleiden, frischen u. be-  
sonders veraltet, etc. nervöse Störungen,  
Mannschwäche, Haarverlust usw. jeden  
Dienstag u. Donnerstag 11-1. Dr. med. H.  
Schmidt, Spezialinstitut, Berlin NW 117,  
Rathenower Str. 73, am Kriminialgericht. Bei  
lehrende Broschüre völlig diskret gegen 2 M.  
Leiden angeben.

**Pickel, Sommersprossen.** Hautunreinlichkeit usw. werden  
schmerzlos, unmerkbar für  
die Umgebung abeschält  
durch echte Vater-Philipp-  
Schlikur, danach kommt anmutige junge zarte Haut zum Vorschein;  
12 M. v. Laboratorium, Dresden-Zschachwitz 146. Erhältlich bei der  
Elefantapotheke, Leipziger Str. u. Drogerien Bastianstr. 2, Fehmar-  
straße 3, Reinickendorfer Str. 119, Charlo-tenstr. 76, Pankow, Prinzstr. 6.

**Wien-  
Berlin**  
Das große  
Januar-  
Varieté-  
Programm  
Beginn 7:30 Uhr.  
Grosse Blaudrucke.

**MEISSNER  
KARTEN**  
Behrenstraße 54  
7 1/2 Uhr  
11 Attraktionen!

**Krause  
Pianos**  
zur  
Miete  
Ausbacher Str. 1.  
Ecke Kurfürstenstr.

**TAUENTZ  
VARIETE**  
Beginn 8 Uhr.  
Das  
Januar-  
Sensations-  
Prog.!

Vormittagsstunde und  
**Erfinder**  
Sire Verbinde mit  
Auführung u. Verlegung  
gebene Beschlüsse: Ein  
neuer Welt 7 (s. oben) 7  
J. Erdmann & Co.  
Eln. Albenheide Str. 71

**GARDINEN**

Einzelverkauf v. Erzeugnissen erster sächsischer Gardinenfabriken  
**Einmaliges Inventur-Angebot**

Gewaltige Preisherabsetzung, a. er nur für wenige Tage. Schluß 16. Januar.  
Sichern sie sich die Ware durch Anzahlung. Nachbestellen en sind bei den  
heutigen Einkaufspreisen nicht ausführbar. Keine Warenabgabe an Wie erweiterter.

**Keine Warenknappheit, sondern Riesenauswahl**  
beso ders in besseren Künstlergardinen, schon von 135 M. an  
Madrasgardinen, hell und dunkelgrün . . . von 198 M. an  
Halbtore von 98 M. an . . . Tüllbettedecken von 110 M. an  
Stückware, alle Preisen . . . von 12 M. an  
terer Spannstoffe, Mull, Stamin vom Meter zu Spottpreisen

**Gardinenhaus HUGO ROICK**  
Sebastianstraße 24 II. Etage, Ecke Alexandrienstraße  
nahe Moritzplatz (kein Laden)





# Gewerkschaftsbewegung

## Die Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Nach den Meldungen der bürgerlichen Presse wurden bei der Wahl der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung aus den Reihen der Angestellten insgesamt 53.114 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Liste Afa-Bund 21.558 Stimmen. Ferner erhielten: Gewerkschaftsbund der Angestellten 13.819, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband 10.365, Frauen-Berufsverband 6536, Versicherungsangestellte 508, Verein junger Kaufleute 205 und Deutscher Bankbeamten-Verband 123 Stimmen.

Der bürgerliche Wirtschaft hat also für diese Wahl noch einmal die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt. Von einer Niederlage des Afa-Bundes zu sprechen, wie der „Total-Anzeiger“ das tut, liegt aber gar keine Voraussetzung vor. Der Afa-Bund marschiert nicht nur an der Spitze aller Berliner Angestelltenorganisationen, er läßt die Bündler sogar so weit hinter sich, daß ihm bei der nächsten Wahl der Sieg sicher zu sein scheint.

### Beamtenbund und Gewerkschaftsbund.

Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-gewerkschaften Dr. Höfles ist nicht lebensfähig. In einem Rundschreiben vom Juni 1921 legte er dar, daß seine Entwicklung im wesentlichen von den Verhandlungen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und Deutschem Beamtenbund abhängen wird. Ruß er den Weg der Gründung von neuen Verbänden und der Gewinnung einzelner Mitglieder gehen, so ist die Arbeit überaus mühevoll und die Bewegung wird nur langsam vorangehen können.

Die Gelder des Gesamtverbandes reichen zu kostspieligen Neugründungen nicht aus. Da die Spekulation auf einen organisatorischen Zusammenschluß des Deutschen Beamtenbundes mit den freien Gewerkschaften fehlgeschlagen und den christlichen Beamtenorganisationen die Zeit zu lang wird, um für ihren Gesamtverband die nötigen Mitglieder zu gewinnen, benutzen sie die letzte Befolgungsbewegung, an der sie selber bis zur Eingabe am 3. Dezember 1921 beteiligt waren, um den Deutschen Beamtenbund bei den Beamten in Mißkredit zu bringen.

In dem engeren Ausschuss der Verhandlungskommission waren es die Christen, die die vom Deutschen Beamtenbund gemachten Vorschläge für einzelne Gruppen in die Höhe schrauben wollten, was eine Kostensteigerung um 500 Millionen Mark ergeben hätte. Die Vertretung der Forderungen überließ man dem Deutschen Beamtenbund, den man nur allein für die Dinge verantwortlich zu machen lud unter Verdrehung der Tatsachen. Man will es jetzt nicht gewesen sein und behauptet, die Regierung habe nur abgelehnt, weil die Forderungen nicht zugehört, von dem Deutschen Gewerkschaftsbund jetzt abruken möchte, um sich nach oben hin lieb Kind zu machen. Dem Deutschen Beamtenbund wird unterstellt, er habe seine Forderungen in dem Augenblick gestellt, in dem die Reichsregierung sich auferstande erklärte, die Januarrate der Reparationskosten zu zahlen, obwohl diese Erklärung erst nach Einreichung der Beamtenforderungen erfolgt ist.

In einem Flugblatt hält der Deutsche Beamtenbund eine gründliche Abrechnung mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem insbesondere zum Vorwurf gemacht wird, daß er mit seiner Taktik die scharfe Ablehnung der Regierung geradezu herausgefordert habe.

Der Deutsche Beamtenbund muß mit dem Gesamtverband wohl alle die Erfahrungen machen, wie sie die freien Gewerkschaften im Laufe der Zeit mit den Christlichen gemacht haben, bevor sich ein halbwegs erträgliches Nebeneinander ermöglicht.

### Kündigungen im Reichsschatzministerium.

Einem längeren Bericht des Angestelltenrats des Reichsschatzministeriums entnehmen wir: Am 6. Januar fand im Reichsschatzministerium Abt. III eine vom Betriebsrat einberufene Vollversammlung der Angestellten- und Arbeitervertretung statt, zu der die politischen Parteien und die Gewerkschaftsvertreter eingeladen waren. Die Versammlung war einberufen auf Grund der vom Reichswirtschaftsministerium erfolgten Massenentlassungen Angestellter, wobei das Reichsschatzministerium die Vorschriften des Betriebsrätegesetzes nicht beachtet habe. Zu dieser Versammlung war auch Herr Minister Bauer eingeladen. Er hat in einem Schreiben dem Betriebsrat erklärt lassen, daß er sein Erscheinen nicht für erforderlich halte, da es sich hier um eine Maßnahme der gesetzgebenden Körperschaften handle und deshalb der Betriebsrat nicht zu hören sei. Es handle sich auch nicht um Massenentlassungen. Bei der Abt. III sei nur 22 Angestellten gekündigt worden. Im übrigen sei ja dem Betriebsrat Gelegenheit gegeben, auf Grund des Betriebsrätegesetzes bei den Entlassungen mitzuwirken. Der Referent, Herr Kreuz, erklärte demgegenüber, daß 1. sämtliche Erfassungs- und die Ermittlungsabteilung aufgelöst

würden. Durch diese Auflösung werde das Staatsinteresse in unverantwortlicher Weise geschädigt.

2. Es seien zwar augenblicklich von den anderen Angestellten erst 22 gekündigt, doch sei bereits eine bedeutend größere Zahl von Kündigungen der anderen Angestellten vorgegeben.

3. Man habe den Betriebsrat am 23. Dezember einfach von Abt. I mitgeteilt, daß die und die Angestellten gekündigt werden; der Betriebsrat solle dazu sein Einverständnis erklären.

Anzwischen seien die Kündigungen schon erfolgt und Verhandlungen nicht mehr möglich gewesen. Betriebsrat und Angestellten-

## Stadt- u. Bezirksverordnete SPD. Magistrats- und Bezirksamtsmitglieder

Freitag, den 13. Januar 1922, abends 6 Uhr, im Berliner Rathaus, Stadtverordnetenversammlungsaal

### Versammlung sämtl. Stadtverordneten, Bezirksverordneten, der Magistrats- und Bezirksamtsmitglieder.

Tagesordnung:

#### „Zum Kampf um unser Schulprogramm.“

Referent: Oberstadtschulrat Genosse Paulien.

Die Mitglieder des Bezirksvorstandes nehmen an der Versammlung teil und sind hiermit eingeladen. Bezirkssekretariat.

rat verweigerten ihre Zustimmung. An Beispielen über die Regelung der Arbeitszeit, die Durchführung der Kasernierung und die Einführung unwirtschaftlicher Methoden in den Kantinen, wie an einer Verfügung des Herrn Ministerialdirektors Kauch, worin den Angestellten aufgegeben wird, sich bei Beschwerden, Wünschen usw. an den nächsten Dienstvorgesetzten zu wenden, erklärte Kreuz, daß auch darin der Minister niemals einen angestelltenfreundlichen Standpunkt eingenommen habe. Kreuz schilderte dann die Verhältnisse im Reichsschatzministerium, u. a. auch den Zusammenhang zwischen Reichsverwertungsamt, Reichsschatzministerium und der Reichsdruckerei. In der sich an das Referat anschließenden Aussprache nahmen außer Vertretern des Betriebsrates auch die Vertreter des Zentralverbandes, des Afa-Bundes und des Transportarbeiterverbandes das Wort. Alle Redner waren in ihren Ausführungen darin einig, daß hier seitens des Reichsschatzministeriums das Betriebsrätegesetz verletzt worden sei. Es wurde beschlossen, am Donnerstag eine Versprechung zwischen Reichstagsabgeordneten, dem Vertreter der Gewerkschaften und dem Betriebsrat des Reichsschatzministeriums vormittags 10 Uhr im Reichstag anzusehen, zu der auch der Herr Reichsschatzminister Bauer eingeladen werden soll. Weiter wurde beschlossen, nicht nur den Schlichtungsausschuss anzurufen, sondern diese Angelegenheit in der Öffentlichkeit und der Volksvertretung zur Sprache zu bringen, um eine Zurücknahme der ergriffenen Maßnahmen zu erzielen.

### Erste Loge in der bayerischen Textilindustrie.

Augsburg, 11. Januar (Fig. Traubbericht). Die vor einiger Zeit von den Textilarbeitern in Bayern erreichte an sich ungenügende Lohnerhöhung ist durch die Teuerung inzwischen längst überholt. Dazu kommt noch, daß auf Anweisung und Beschluß des Arbeitgeberverbandes die Lohnerhöhung durch Einführung einer weiteren Ortsklasse, eines besonderen noch niedrigeren Frauenlohn und einer neuen Klorberechnung größtenteils wieder ausgeglichen ist. Der Deutsche Textilarbeiter-Verband (Gau Bayern) hat deshalb zusammen mit der Bezirksleitung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands die schlenne Änderung von Verhandlungen und zum Ausgleich der Teuerung eine Erhöhung der Normalstundenzölne um 2 bis 3 R. ab 16. Januar gefordert. Ueber die Stellungnahme der Unternehmer ist noch nichts bekannt. Die Loge ist ernst.

### Kampfanzeige der Markthelfer im Buchhandel.

Die im Berliner Buchhandel beschäftigten Markthelfer sind eine Gruppe von Handelsarbeitern, die mit zu den schlechtesten Bezahleten des Handelsgewerbes gehören. Der Wochenlohn beträgt für verheiratete Arbeiter 854 R. Das bestehende Lohnabkommen wurde gekündigt und eine Lohnerhöhung von 50 Proz. ab 1. Januar gefordert.

In einer Versammlung nahmen die Markthelfer zu den stattgefundenen Verhandlungen Stellung. Heftiger Unwille machte sich bemerkbar, als mitgeteilt wurde, daß die Arbeitgeber ein Angebot von 10 Proz. gemacht haben. Da eine Verständigung nicht zu erzielen war, wurde beschlossen, den Schlichtungsausschuss zur Entscheidung anzurufen. Wenn der Schlichtungsausschuss den beiden Lohnforderungen der Markthelfer nicht genügend Rechnung trägt, ist der Streik unvermeidlich. Eine in diesem Sinne gehaltene Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Zu Anlaß der Bericht fand die Neuwahl der Gruppenleitung statt, die in ihrer bisherigen Besetzung wieder gewählt wurde; der Kollege Freig Schade ist Gruppenleiter.

Karl Müller 4. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, insbesondere der Metallarbeiterverband und die Sozialdemokratische Partei, haben einen schweren Verlust erlitten. In der Nacht zum Dienstag starb in Frankfurt a. M. Genosse Karl Müller, der Nachfolger Robert Dismanns auf dem Posten eines Bevollmächtigten der Ortsgruppe Frankfurt des Metallarbeiterverbandes. Der im Alter von 46 Jahren Verstorbene hat sich eine achtunggebietende Stellung verschafft. Er war Mitglied des Frankfurter Stadiparlaments und des Magistratskollegiums. Die Erwerbslosen, Invaliden, kurzum alle Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, verlieren in ihm einen treuen Freund. Rusterstilles schuf er in dem Frankfurter Arbeitsamt, das sein Werk ist. Die deutsche Arbeiterschaft hat in Müller viel verloren, sie wird ihn nicht vergessen!

Verblüffend erklärter Tarif! Gemäß Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 13. Dezember 1921, IV D 637, ist der für die Angestellten des Samt- und Seidenwaren-Großhandels am 26. Oktober 1921 abgeschlossene Tarifvertrag mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin für allgemeiner verbindlich erklärt worden. Auskunft erteilt der Zentralverband der Angestellten, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Str. 7-10.

Keine SPD-Fraktion der Landarbeiter in Berlin. Der Landarbeiterverband teilt uns bezüglich der in der Dienstadttagendausgabe des „Vorwärts“ veröffentlichten Einladung einer SPD-Fraktion der Landarbeiter zu einem Vortrag mit, daß weder eine SPD noch sonst eine Fraktion seiner Mitglieder besteht. — Es handelte sich um eine und telephonisch übermittelte Einladung der SPD-Fraktion des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes. Um derartige Unzuträglichkeiten zu vermeiden, müssen wir unter den Gewerkschaften wiederholt mitgeteilten Wunsch in Erinnerung bringen, alle Versammlungsanzeigen schriftlich zu machen.

Die SPD-Funktionäre des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter nahmen am Dienstag in einer gut besuchten Versammlung zu den Wahlen der Ortsverwaltung Stellung, die in der nächsten Generaterversammlung der Berliner Verwaltungsstelle vorzunehmen sind. Sowohl der Referent Charlau als auch die Diskussionsredner und der als Gast anwesende USF-Genosse Lech, der seine Fraktion vertrat, traten dafür ein, daß die Wahlen einen Verwaltungskörper ergeben müssen, der positive gewerkschaftliche Arbeit leisten kann. Dieser Gesichtspunkt soll leitend sein für die Auswahl der Kandidaten, über die sich die Fraktionen der SPD und USF einigen werden. Eingehend wurden die Personenfragen erörtert. Für die Wahlen selber wurde strengste Fraktionsdisziplin gefordert. Wahrscheinlich wird vorher noch eine gemeinschaftliche Versammlung der Fraktionen der SPD und USF stattfinden. Die Kollegen wurden ersucht, den Bereinsskalender des „Vorwärts“ zu beachten.

Die Neuwahl des Fraktionsvorstandes ergab folgende Zusammensetzung: 1. Vorsitzender Kammermeister, 2. Vorsitzender Schaumberg, Kassierer Kiel, Schriftführer Goeß. Genosse Ernst Heilmann hielt dann unter lebhaftem Beifall einen Vortrag über das Thema: „Welche Arbeiterpartei hat die richtige Politik getrieben?“

Unternehmerforderungen in Polen. Zur Erörterung der durch die Wirtschaftskrise in der Polener Industrie geschaffenen Lage hielten die Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmer eine gemeinsame Konferenz ab. Obwohl die Teuerung laut der amtlichen Statistik gegenüber den Vormonaten noch ansteigen ist, verlangen die Industriellen einen Abbau der Löhne und die Aufhebung des Achtstundentages. Zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit wurde seitens der Unternehmer die Ausföhrung öffentlicher Arbeiten durch den Staat angeregt.

USG. Rabbiner Oberprey, Kranenmarktstraße 12, Freitag 1/2 Uhr bei Bogt. Rieberschneeweis, Brückenstr. 10, Versammlung aller SPD-Kollegen. Parteibund und Funktionärliste legitimiert.

USG. Weannstraße, Freitag 1/2 Uhr bei Kruger, Postenstraße, Sitzung der SPD-Fraktion.

Zentralverband der Angestellten. Buchhandel: Freitag 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in Poperlands Festhallen, Raus Friedrichstr. 25.

Zentralverband der Maschinen- und Holzler. Sonntag vormittags 9 Uhr im Berliner Gesellschaftshaus, Vindobener Str. 16, Vollversammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinen- und Holzler und Berufsgenossen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Brände der Geschäftstutcher, Postarbeiter usw.: Freitag 7 Uhr bei Jenzara, Melchiorstr. 15, Versammlung der Gruppe Alt-Papier.

Kassier. Kapazitäten! Freitag abend 7 Uhr Versammlung aller Kapazitäten in den Arminkellern, Rammbrandstr. 29. Die Antwort der Unternehmer auf unsere Forderung. Erscheinen notwendig.

### Arbeiterport.

Freie Kameradschaft Groß-Berlin. Sonntag: 9 Uhr Uebung zum Bundesfest, Turnhalle Heilige Straße, Schöneberg. — Mittwoch, 18. 1 Uhr: Kameradschaft, Rieberschneeweis, 12. — Bezirk Oden. Donnerstag: Kameradschaft bei Goffe, Petersburger Str. 26. — Bezirk Neukölln. Sonntag: Regenpartie nach Fichtenau.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verband Volksgenossenschaft. Donnerstag, den 12. Januar, 1/2 Uhr, Vortrag des Genossen A. Fiedorandt: „Belektur“, in der Oberrealschule Seibersw.-Str. 12.

Deutsche Friedensgesellschaft. Freitag abend 7 Uhr im 2-B-geraal des Rathauses, Königstr. 12, spricht Frau Dr. Wegscheider, M. d. L., über „Selbstbestimmung oder Völkervereinigung in den Schulen?“

Verantw. für den rebalk. Zell: Franz Albrecht, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin, Verlag Vorwärts-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Vindob. 2. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Reinweiß“.

# HERMANN Billige Lebensmittel

Lepziger Strasse		Alexanderplatz	
<b>Tafelmargarine</b> ..... Pfund	<b>18<sup>25</sup></b>	<b>Frisches Fleisch</b>	
<b>Schweineschmalz</b> amerik. Pfund	<b>23<sup>80</sup></b>	<b>Kalbskamm</b> ..... Pfund	<b>15<sup>00</sup></b>
<b>Marmelade</b> gebackt ..... Pfund	<b>6<sup>25</sup></b>	<b>Kalbsbrust u. -rücken</b> Pfund	<b>16<sup>00</sup></b>
<b>Rangoon-Bohnen</b> Pfd.	<b>3<sup>75</sup></b>	<b>Kalbskeulen</b> ..... Pfund	<b>17<sup>00</sup></b>
<b>Viktoria-Erbesen</b> Pfd.	<b>5<sup>50</sup></b>	<b>Schmorfleisch</b> m. Knochen, Pfd.	<b>16<sup>00</sup></b>
<b>Bandnudeln</b> ..... Pfund	<b>6<sup>90</sup></b>	<b>Schweinefleisch</b> gebr., Pfd.	<b>20<sup>00</sup></b>
<b>Linsen</b> ..... Pfund	<b>7<sup>75</sup></b>	<b>Hammelfleisch</b> gebr., Pfund	<b>10<sup>00</sup></b>
<b>Kartoffelmehl</b> .. Pfund	<b>7<sup>50</sup></b>	<b>Mettwurst</b> grobe ... Pfd.	<b>22<sup>50</sup></b>
		<b>Mettwurst</b> n. Braunschw. Art. ... Pfund	<b>24<sup>50</sup></b>
		<b>Delik.-Sülze</b> ... Pfund	<b>15<sup>00</sup></b>
		<b>Zerelat-Salami</b> Pfd.	<b>34<sup>50</sup></b>
		<b>Rotwurst</b> neck Thüringer Art. .... Pfund	<b>17<sup>00</sup></b>

<b>Amerik. Heereskost</b> 6 <sup>95</sup> (Rindfleisch mit Bohnen) Dose ca. 1 1/2 Pfund	<b>Pork and Beans</b> 3 <sup>25</sup> (Bohnen mit Speck) Dose	<b>Rindfleisch</b> ca. 2-Pfund-Dose 19 <sup>30</sup>	<b>Kaffee-Ers.-Mischung</b> 7 <sup>50</sup> 1/2 Pfund Bohnen	<b>Leberwurst</b> ca. 2-Pfd.-Dose 14 <sup>75</sup>
---	---	--	--	--

# Sonnabend, 14. Januar, Schlußtag des Inventur-Verkaufs